



| | | | | | | | |
|---|---------------|---|--------------|---|--------------|---|--------------|
| Klima | S. 7/8 | Akademie | S. 12 | Marathon | S. 13 | Park | S. 18 |
| Gleich zwei Umweltschutzthemen in der Plenardebatte: Die Abgeordneten erörterten das Klimaschutzprogramm der Landesregierung und diskutierten – auch dies kontrovers – den Bericht der Enquetekommission. | | Die NRW-Akademie der Wissenschaften ist ein Forum, das den Austausch unter Forschern und Wissenschaftlern sowie den Dialog mit Politik und Gesellschaft fördern will. Wo bleibt die Kunst? Darüber eine Anhörung. | | Das kommende Jahr bringt für die Bürgerinnen und Bürger des Landes einen Wahlmarathon: Kommunalwahl, Europawahl, Bundestagswahl. Streit nach wie vor über die Zusammenlegung der beiden ersten Termine. | | Die sagenumwobene Landschaft um den Drachenfels ist das älteste deutsche Naturschutzgebiet. Jetzt soll auf Wunsch von anliegenden Städten und des Rhein-Sieg-Kreises das Siebengebirge Nationalpark werden. | |

Untrennbar verbunden – Deutschland und Israel

Inhalt

| | |
|--|--------------|
| Inhalt/Kommentar | 2 |
| 175 Millionen für den Ganztag | 3 |
| <i>NRW plant flächendeckenden Ausbau/Opposition sieht „Mogelpackung“</i> | |
| Fortschritt oder Reparatur? | 4 |
| <i>Koalition und Opposition streiten über Schulrechtsänderung</i> | |
| Steiniger Weg in die Zukunft | 5 |
| <i>Die Länder wollen beim Rundfunk Zusagen gegenüber der EU erfüllen</i> | |
| „Beamte sind keine Sparschweine“ | 6 |
| <i>Landtag debattiert über Zulagen bei Polizei und Feuerwehr</i> | |
| Strategie bleibt umstritten | 7 |
| <i>Aktuelle Stunde zur Klimaschutzpolitik der Landesregierung</i> | |
| Zeit billigen Öls ist vorbei | 8 |
| <i>Auswirkungen der Preissteigerung – Bericht der Enquetekommission</i> | |
| Bekräftigung der Freundschaft | 9 |
| <i>Festakt 60 Jahre Israel: Freude, Stolz und Nachdenklichkeit</i> | |
| Schlag auf Schlag | 10-11 |
| <i>Diesmal Mitglieder der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe</i> | |
| „Treffliches Vorhaben“ | 12 |
| <i>Erweiterung der Akademie der Wissenschaften geplant</i> | |
| Experten äußern Bedenken | 13 |
| <i>Öffentliche Anhörung zu gekoppelten Wahlterminen</i> | |
| Aktuelles aus den Ausschüssen | 14 |
| Chance oder Ungerechtigkeit? | 15 |
| <i>Experten mehrheitlich für weitere Vergabe von Kopfnoten</i> | |
| Aus den Fraktionen | 16-17 |
| Streit um den Drachenfels | 18 |
| <i>Anhörung: Im Siebengebirge ist der zweite Nationalpark geplant</i> | |
| Porträt: Heike Gebhard (SPD) | 19 |
| FCL: Erfahrung gegen Ungestüm | 19 |
| Impressum | 19 |
| Geburtstage und Personalien | 20 |



Eine „stolze“ Zwischenbilanz

Diese Debatte im Landtag ist der Moment, in dem ich aus vollem Herzen sagen kann: „Ich bin stolz, ein Bürger des Landes zu sein“. Diese Worte kamen Paul Spiegel sel. A., dem damaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden in Deutschland über die Lippen, als am 2. Juli 2003 der Landtag einstimmig eine Entschließung aller vier Fraktionen zum jüdischen Leben in Nordrhein-Westfalen verabschiedete.

Es gibt mehr Höhepunkte dieser Art im Zusammenleben der Menschen an Rhein und Ruhr. Auch in den Beziehungen der beiden Länder Israel und Nordrhein-Westfalen, die vielen Jüdinnen und Juden in NRW ganz und gar nicht gleichgültig sind. Unvergessen ist die Szene, als Bundespräsident Johannes Rau in der Knesset im Februar 2000 das Wort erhielt – und jüdische Abgeordnete den Saal verließen, weil sie die Sprache nicht ertragen konnten, die die Täter der Shoa gesprochen hatten. Einige kamen dennoch wieder und zum Schluss brandete der Applaus für die einfühlsame Rede durchs ganze Haus.

NEUE SYNAGOGEN

Rau war Wuppertaler und in dieser Stadt war es, dass der damalige israelische Staatspräsident Moshe Katsav 2003 die neue Synagoge feierlich eröffnete. 2006 erneuerte die Landesregierung den Staatsvertrag mit den jüdischen Kultusgemeinden in NRW. Ende 2007 fand Ministerpräsident Jürgen Rüttgers Gelegenheit, das neue jüdische Gotteshaus in Bochum seiner Bestimmung zu übergeben. Die Synagoge stehe „für die Freude darüber, dass jüdisches Leben nicht nur hier in Bochum, sondern in ganz Nordrhein-Westfalen wieder seinen Platz gefunden hat“, betonte damals der Ministerpräsident.

Auch der Landtag ist sich seiner besonderen Verpflichtung bewusst. Als erstes Landesparlament gründete 1987 der NRW-Landtag eine Deutsch-Israelische Parlamentariergruppe. NRW-Parlamentarier pflegen Kontakte nach Israel, bei ihren Besuchen steht immer auch Yad Vashem auf dem Programm. Mit der Erinnerungsstätte existiert seit Jahren ein intensiver Lehreraustausch. Es gibt zahlreiche Städtepartnerschaften. Schüler aus NRW und Israel besuchen sich gegenseitig.

Ein fröhliches Kind ziert das offizielle Logo des israelischen Staatsjubiläums. Nicht nur junge Menschen wünschen sich: Hoffentlich dauert es nicht noch Jahre, dass die Menschen im Nahen Osten in Frieden leben können. JK

175 Millionen für den Ganzttag

NRW plant flächendeckenden Ausbau/Opposition sieht „Mogelpackung“

Wer hat das Patent auf die Förderung von Ganztagschulen? Und reicht die angekündigte finanzielle Förderung der Landesregierung wirklich aus? Dies waren einige der zentralen Fragen, als es im Plenum um den Ausbau des Ganztagsangebots in NRW ging. Während CDU und FDP in ihrem Antrag (Drs. 14/6677) erklärten, mit dem aktuellen Programm werde Nordrhein-Westfalen „Ganztagsland Nr. 1“ in Deutschland, sprachen SPD und Grüne von einer „aus der Not geborenen Mogelpackung“.

Bernhard Recker (CDU) rechnete in seinem Beitrag vor, dass die Landesregierung ein Jahr nach ihrem Amtsantritt die Anzahl von Hauptschulen mit gebundenem Ganzttag von 145 auf 227 und damit um 31 Prozent erhöht habe, womit diese Schulform die Chance habe, die sie verdiene. Gleiche Anstrengungen unternahme man auch bei den Gymnasien und Realschulen. Ab dem Schuljahr 2009/2010 sollen hier die personellen Voraussetzungen für 216 neue Ganztagschulen geschaffen werden. Diese Initiative sei auch des-

Abgeordnete kündigte an: „Jetzt gilt es, diese neue Ganztagsoffensive gemeinsam mit den Kommunen und den Schulen in die Fläche zu tragen. Sie ist ein Meilenstein bei der Entwicklung des nordrhein-westfälischen Schulsystems zum qualitativ führenden Schulsystem in der gesamten Bundesrepublik.“ Die jetzigen Schritte und die Nachfrage in Richtung Ganzttag zeigten für die FDP-Politikerin, dass diese Initiative der Landesregierung konkrete Erfolge bringe.

Sigrid Beer (GRÜNE) begrüßte zwar die Schritte der Landesregierung in Richtung Ganzttag, kritisierte aber, dass dies bis 2005 bei CDU und FDP ganz anders ausgesehen habe. „Sie haben die offene Ganztagschule in Nordrhein-Westfalen flächendeckend bekämpft“, warf die Abgeordnete der heutigen Regierungskoalition vor. Das neue Ganztagschulprogramm sei ein Ergebnis der „grotzenschlecht gemachten“ Schulzeitverkürzung. Aber auch das Programm selbst fand nicht die Zustimmung der grünen Abgeordneten: Immerhin dauere es bis zum Jahr 2023, bis der Ganztagschulaufbau für Gymnasium und Realschule im Lande abgeschlossen sei. Auch konzeptionell forderte sie ein Umdenken: „Wir müssen darüber sprechen, zu einer grundlegend anderen Lern- und Schulkultur zu kommen und dem Lernen im wahrsten Sinne des Wortes einen neuen Rhythmus zu geben.“



Fotos: Schälte

Bernhard Recker (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD)

Sigrid Beer (GRÜNE)

Schulministerin Barbara Sommer (CDU)

halb notwendig, weil angesichts der Schulzeitverkürzung und des Ausbaus der Stundentafel in der Sekundarstufe I den Schulen mehr Zeit zur Verfügung stehen müsse. Anstatt der eingeplanten 50 Millionen seien nun 175 Millionen Euro für den Ganzttag vorgesehen. Auch die Schulen, die sich nicht für den Ganzttag entscheiden, sollen laut Recker von dem Programm der Landesregierung profitieren können.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) argumentierte in die gleiche Richtung: Man wolle die vorhandenen Möglichkeiten des Ganztagsangebots flächendeckend ausbauen. Im Rahmen des „1.000-Schulen-Programms“ werde Trägern ein zusätzlicher Investitionsbetrag von 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Mit dem Programm „Geld oder Stelle“ sichere man an den Schulen beim Nachmittagsunterricht die pädagogische Übermittagsbetreuung. Die

Professor Dr. Rainer Bovermann (SPD) erinnerte daran, dass die Koalition aus CDU und FDP an die Vorarbeiten von Rot-Grün anknüpfen konnte: „Nordrhein-Westfalen hatte auch schon eine Spitzenposition dank der zahlreichen Gesamtschulen im Ganztagsbetrieb.“ Die Konzentration der jetzigen Landesregierung auf die Hauptschule hielt der SPD-Politiker für falsch. Dies habe den Weg für Realschulen und für Gymnasien in den Ganzttag versperrt, was – auch angesichts der Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur – deutliche Probleme verursacht habe. Wenn auch zukünftige Generationen von ihr profitieren könnten, so komme die jetzige „Offensive“ der Landesregierung für viele Kinder zu spät. Und sie sei unterfinanziert, 100.000 Euro pro Schule reichten nicht für den Bau einer Mensa oder von Aufenthaltsräumen. Ausserdem sei der kommunale Anteil an der Kofinanzierung von nun 50 Prozent doch sehr hoch.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) betonte den Gesamtansatz des vorliegenden Ganztagsprogramms: Gestaltungsspielraum, Eigenverantwortung und pädagogische Freiheit für die Schulen, die Einstellung von genügend Lehrerinnen, eine reformierte Lehrerausbildung sowie genügend Zeit für den Unterricht. Aus ihrer Sicht unterstützen die Fortschritte im Bereich Ganzttag sowohl die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und auch die Kommunen. Für Schülerinnen und Schüler heiße das: Zeit für Gespräche, Zeit für Beratung, Zeit für besondere Angebote, Zeit für besondere Förderung. Attraktive Ganztagsangebote seien daher ein positiver Standortfaktor für Städte und Gemeinden. Mit Blick auf SPD und Grüne unterstrich die Ministerin, die jetzige Landesregierung fördere den Ganzttag mit 175 Millionen Euro, während Rot-Grün vorgehabt habe, 16.000 Stellen abzubauen. ■

Fortschritt oder Reparatur?

Koalition und Opposition streiten über Schulrechtsänderung

Das Gesetz zur Stärkung der Eigenverantwortung von Schulen (Gesetzentwurf von CDU und FDP, Drs. 14/6678): Für die Koalition verspricht es mehr Gestaltungsfreiheit der Schulen vor Ort, für die Opposition werden wesentliche Elemente des entsprechenden Modellversuchs einfach weggelassen. Bei der ersten Lesung versprach die Koalition, die angekündigte Offenheit durch weitere Schritte zu untermauern. Das Urteil von SPD und Grünen dagegen: Rolle rückwärts zu eher zentralen Stueurelementen.

Klaus Kaiser (CDU) sah in der Stärkung der Eigenverantwortung der Schulen einen Weg, das nordrhein-westfälische Schulsystem innovationsfreundlich und modern aufzustellen. Der vorliegende Gesetzentwurf solle – in Verbindung mit noch kommenden Verordnungen – nach seiner Ansicht den Schulleiterinnen und Schulleitern im Wesentlichen weitere Selbständigkeit durch neue personalrechtliche Befugnisse und Entscheidungsspielräume geben. So soll das Einstellungsgeschäft der neuen Lehrerinnen und Lehrer voll in die Schulhand übergehen, während der disziplinarische Bereich bei der Schulaufsicht und der Bezirksregierung angesiedelt ist. Der Abgeordnete verwies auf den entsprechenden Modellversuch. Er bedauerte, dass aus finanzpolitischen Gründen keine zusätzlichen entlastenden Ressourcen für die Lehrerräte gegeben werden konnten. Im Jahr 2011 sollen die Erfahrungen mit dem vorliegenden Gesetz ausgewertet werden.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) begründete die Übertragung von mehr Selbstständigkeit auf die einzelne Schule damit, dass derjenige, der die Verantwortung trägt, auch die Kompetenz haben müsse, Entscheidungen zu treffen. Ihr Ziel

beschrieb die Abgeordnete mit der qualitativen Weiterentwicklung der gesamten Schullandschaft: Dies bedeute mehr Freiheit und auch mehr Verantwortung. „Bis zum Jahre 2012 wollen wir die ganze Schullandschaft in diesem Sinne positiv umkrepeln“, so die FDP-Politikerin. Auch durch den neuen, auf vier Jahre gewählten Lehrerrat vor Ort (dessen Arbeit durch entsprechende Freistellungen anerkannt werden soll) hofft sie auf die Nutzung von Synergieeffekten und einen positiven Effekt auf die Schulkultur.

Sören Link (SPD) bewertete den Gesetzentwurf als „außerordentlich kleinen Schritt“. Denn er sehe nur die Übertragung der Dienstvorgesetzeneigenschaft sowie die Reparatur des „stümperhaft zusammengestellten Schulgesetzes“ vor. Außerdem sei der Zeitpunkt schlecht gewählt: Der Gesetzentwurf komme kurz vor den Sommerferien und kurz bevor das Modellprojekt Selbstständige Schule ausläuft. Dieses rot-grüne Projekt habe seinerzeit größere Ziele verfolgt, zum Beispiel die Freiheit in der Unterrichtsentwicklung oder die Möglichkeit, ein Finanzmanagement an Schulen zu etablieren. Der aktuelle Entwurf weise Schulleitern und Lehrern neue Aufgaben zu, ohne dass entsprechende

Entlastungen vorgesehen seien. Erst recht kein Mehr an pädagogischen Freiheiten. Daher springe der Entwurf zu kurz.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, sprach von einer „drittklassigen Beerdigung eines gut angelegten Modellvorhabens“. Die vielfältigen und ausführlichen Erfahrungsberichte hätten aus ihrer Sicht Weitergehendes nahegelegt als nur die Übertragung der Dienstvorgesetztenfunktion auf die Schulleitung und eine entsprechende Ausweitung der Befugnisse des Lehrerrats. Selbstständige Schule sei mehr: „Es geht um die Freiheit der Einzelschule, um die Schaffung neuer Mitwirkungsmöglichkeiten und vor allem um pädagogische Freiheit“, so die Abgeordnete. Sie bedauerte, dass neue pädagogische Möglichkeiten des Modellprojekts wie die Veränderung der Stundentafeln, die Etablierung fächerübergreifender Lernprojekte oder jahrgangsübergreifender Klassen, die Einführung einer Versetzung auf Probe oder das Abschaffen des Sitzbleibens nicht weiterverfolgt worden seien.

Bildungsministerin Barbara Sommer (CDU) unterstrich dagegen: „Es führt kein Weg an mehr Eigenverantwortung der Schulen vorbei.“ Darüber seien sich die Bildungsforscher und die Wirtschaft einig. Und dies sei auch das Fazit aus internationalen Leistungsvergleichen. „Wir vertrauen den Lehrerinnen und Lehrern, den Schülerinnen und Schülern. Sie wissen am Besten, wie ihre Schule organisiert ist, womit sie sich profiliert, ihre Stärken stärkt“, sagte die Ministerin. Sie kündigte an, die Beispiele von Öffnung weiterhin zu unterstützen, so die Freiräume für innovative schulische Vorhaben über bestehende Ausbildungs- und Prüfungsordnungen hinaus, den Ausbau von Schulbudgets, Kooperationen und gemeinsamer Verantwortung in regionalen Bildungsnetzwerken. ■

Staffelstab-übergabe ...

... auf dem Weg von Aachen nach Xanten. In Düsseldorf nahm Landtagspräsidentin Regina van Dinther den Stab der „IntegraTour“ entgegen. Seit 2005 gibt es diese Initiative, mit der Kinder und Jugendliche der Regelschulen und Förderschulen des Landschaftsverbands Rheinland bei Bevölkerung und Politik für die Integration von Menschen mit Behinderungen werben. Bis zu 2.500 junge Leute sind diesmal zu Fuß, mit Inlineskates, Fahrrädern oder Rollstühlen in 20 Etappen auf dem Weg nach Xanten, wo der Lauf am 31. Mai mit dem „Tag der Begegnung“ sein Finale findet.

Foto: Schälte



Medienpolitiker im Dialog: Marc Jan Eumann von der SPD am Rednerpult und im Hintergrund auf der Regierungsbank Minister Andreas Krautscheid. Fotos: Schälte

Marc Jan Eumann (SPD) nannte den 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag für die künftige Medienordnung von herausragender Bedeutung. Zum einen solle er Aufgaben und Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks definieren und damit „EU-sattelfest“ machen. Es gehe aber auch – zweitens – um faire Spielregeln für diese neue digitale Medienwelt. Die Claims für die Akteure seien in der analogen Welt ziemlich sicher abgesteckt gewesen. Jetzt auf einmal begegneten sie sich im Internet, dem, wie Eumann sagte, „größten Medienbastard aller Zeiten“. Für seine Fraktion sei klar, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in der digitalen Welt seinen Auftrag erfüllen müsse; auch hier sei er „Medium und Faktor des Prozesses freier individueller und öffentlicher Meinungsbildung“.



Ilka von Boeselager (CDU)



Ralf Witzel (FDP)



Oliver Keymis (GRÜNE)

Darum sei es im gemeinsamen Interesse des Parlaments, „dass wir Staatsverträge nicht nur abnicken, wenn sie unterschrieben sind, sondern dass wir uns um die Inhalte kümmern, solange wir auf sie noch Einfluss nehmen können“.

Ilka von Boeselager (CDU) warnte: Man dürfe nicht hinter den Verabredungen mit der Kommission zurückbleiben: „Das birgt die Gefahr in sich, dass Brüssel das gesamte Werk unter Umständen nicht akzeptiert.“ Ohne vernünftige Balance im dualen System von öffentlich-rechtlichem und privatem Rundfunk sowie den Verlagen fielen wahrscheinlich neue Wettbewerbsbeschwerden an. Die Bundesrepublik habe der Kommission zugesagt, „den Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks präzise zu beschreiben, für neue Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender ein Prüfverfahren einzuführen, eine klare Grenzziehung zwischen Auftrag und kommerziellen Aktivitäten vorzunehmen, hinreichende Transparenz bei der Finanzierung des öffentlichen Auftrags, aber auch für kommerzielle Aktivitäten zu schaffen und dafür zu sorgen, dass durch entsprechende Prüfkompetenzen eine Wettbewerbsverzerrung durch Quersubventionierung spezieller Angebote verhindert wird“.

Ralf Witzel (FDP) unterstrich das Interesse seiner Fraktion „am Erhalt eines qualitativ hochwertigen öffentlich-rechtlichen Rundfunks“. Dessen Hauptaufgabe sei die hochwertige und interessante Aufbereitung gesellschaftlich relevanter und wertvoller Inhalte. Die FDP verlange, „dass klare Grenzen und eine Konzentration auf das Wesentliche und die Kernaufgaben des öffent-

Steiniger Weg in die Zukunft

Die Länder wollen beim Rundfunk Zusagen gegenüber der EU erfüllen

Rundfunkpolitik gehört in der Bundesrepublik zu den Kompetenzen der Länder. Dennoch ist dieser Politikbereich nicht dem Einfluss der EU entzogen: So hat sich die deutsche Seite in Sachen öffentlich-rechtlichem Rundfunk zu einem Kompromiss mit der EU-Kommission verständigt. Der sieht unter anderem vor, dass die kommerziellen Aktivitäten der gebührenfinanzierten Sender überprüft und in Tochtergesellschaften ausgelagert werden sollen, die sich „marktkonform“ zu verhalten haben. Mit ihrem Antrag (Drs. 14/6752) will die SPD-Fraktion erreichen, dass der Landtag bei der Gestaltung des Änderungsvertrags ein gewichtiges Wort mitzureden hat.

lich-rechtlichen Rundfunks notwendig sind und deshalb zu Recht dieser Staatsvertrag im Konzert der Länder genau dieses Spannungsfeld und diesen Fragenkomplex auch thematisiert“.

Oliver Keymis (GRÜNE) fand, der öffentlich-rechtliche Rundfunk müsse sich deutlich von dem Angebot der Privaten abheben, „das gilt auch für die Werbefrage“. Die Grünen seien für einen möglichst werbefreien öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der auch das Internet nutzen dürfe, dann aber „werbefrei und im Rahmen des Gebührenaufkommens“. Im Vergleich zum Ausland sei Deutschland mit seinem sehr vielfältigen, meinungsvielfältigen, reichhaltigen und qualitativ hochwertigen Angebot gut aufgestellt, fand Keymis und schloss: „Deshalb brauchen wir einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Der 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag muss ihn stärken und nicht schwächen.“

Medienminister Andreas Krautscheid (CDU) war ebenfalls der Meinung, die öffentlich-rechtlichen Sender müssten ihren Auftrag auch im Internet erfüllen können. Aber die Frage sei, ob hier auch alles zum Auftrag gehöre, etwa die Unterhaltung. Auch die Definition des Begriffs „elektronische Presse“ sei schwierig. Dennoch sei es die Aufgabe, eine klare Aussage zu finden, „wo das Vetorecht auf verlegerischer Seite liegt und wo die Grenze für Textbeiträge aus den öffentlich-rechtlichen Anstalten liegt“. Das seien alles komplexe Sachverhalte, fuhr der Minister fort und erklärte seine Bereitschaft, zur Diskussion über diese Dinge zur Verfügung zu stehen. Er hoffe, sagte Krautscheid am Ende, dass man spätestens nach der Sommerpause mit einem Vertrag nach Brüssel reisen könne, „der klar macht, dass wir den im letzten Jahr mit der EU-Kommission vereinbarten Kompromiss in allen Punkten konkret umgesetzt haben“.

„Beamte sind keine Sparschweine“

Landtag debattiert über Zulagen bei Polizei und Feuerwehr

Auf Antrag der SPD-Fraktion (Drs. 14/6684) beschäftigte sich der Landtag mit der Feuerwehr- und Polizeizulage. Für einen Teil der Feuerwehr- und Polizeibeamten ist zum 1. Januar 2008 die so genannte „Ruhegehaltsfähigkeit“ ihrer Stellenzulage entfallen. Das heißt, die Zulagen erhöhen nicht mehr die Pension. Bislang fiel die Ruhegehaltsfähigkeit von Zulagen in die Kompetenz des Bundes. Seit der Föderalismusreform muss der Gesetzgeber in Nordrhein-Westfalen selbst entscheiden. Die SPD forderte daher den Landtag auf, die Ruhegehaltsfähigkeit für die betroffenen Feuerwehr- und Polizeibeamten über den 31. Dezember 2007 hinaus zu erhalten.

Foto: Schälte

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) meinte, die Abschaffung der Ruhegehaltsfähigkeit führe zu einer sozialen Schieflage und zu einer Demotivation der Beschäftigten. Es sei ein berechtigtes Interesse der betroffenen Beamten, dass die Zulage für die Pension zähle. Der Abgeordnete erklärte, er selbst sei 20 Jahre lang im öffentlichen Rettungsdienst beschäftigt gewesen und wisse daher von ständigen Dienstwechseln und den Auswirkungen einer zunehmenden Gewaltbereitschaft in der Gesellschaft. „Deshalb dürfen die Beamten nicht auch noch die Sparschweine des Landes werden!“, betonte der Abgeordnete. Seine Aufforderung an die Abgeordneten der Regierungsfractionen: „Nehmen Sie sich Bayern zum Vorbild!“ Dort sei durch den zuständigen Landtag die Ruhegehaltsfähigkeit der Zulagen am 12. Dezember 2007 noch einmal verlängert worden.

Christian Möbius (CDU) betonte, man werde in den Fachausschüssen des Landtags das Thema ergebnisoffen diskutieren. Er kritisierte jedoch, die SPD habe damals nicht protestiert, als der Bund perspektivisch die Ruhegehaltsfähigkeit abgeschafft habe. „Nicht wir haben gekürzt, sondern der Bund und zwar die damalige SPD-Regierung“, erläuterte Möbius im Plenum. „Nun stellen Sie sich aus fadenscheinigen Gründen gegen ihre eigene frühere Politik“, warf er den Sozialdemokraten vor: „Wo war denn der

Änderungsantrag für den längst beschlossenen Haushalt 2008?“ Nach Abschluss der Haushaltsgesetzgebung derartige Anträge zu stellen, beweise die finanzpolitische Unfähigkeit der SPD-Fraktion.

Horst Engel (FDP) fragte ebenfalls, warum sich die SPD zwischen 1998 und 2006 nicht für die Beibehaltung der Ruhegehaltsfähigkeit eingesetzt habe. Persönlich könne er verstehen, dass die Beamten um ihren Lebensstandard im Ruhestand fürchteten. Aber angesichts der Zins- und Zinslast sei eine nachhaltige Finanzpolitik für Nordrhein-Westfalen wichtig. Daher könne es gut sein, so Engel, dass demnächst für den öffentlichen Dienst insgesamt eine ähnliche Diskussion im Landtag geführt werden müsse.

Ewald Groth (GRÜNE) hielt die Argumente der Regierungsfractionen für wenig überzeugend. Er wunderte sich, warum es nicht möglich sein soll, die Ruhegehaltsfähigkeit weiter zu gewähren – jetzt, wo die Zuständigkeit doch beim Landesgesetzgeber liege. „In Bayern hat das doch auch geklappt, warum soll das dann in Nordrhein-Westfalen nicht gehen?“, fragte der Abgeordnete. Auch Groth erwähnte, wie sein Vorredner von der SPD, die psychischen und physischen Höchstbelastungen, denen Feuerwehr- und Polizeibeamte während ihres

Dienstes oft ausgesetzt seien. Diese Belastungen rechtfertigen eine Beibehaltung der Ruhegehaltsfähigkeit.

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) fragte, ob die Kritiker in den Oppositionsfractionen „unter Gedächtnisverlust“ leiden: „Haben Sie vergessen, dass Sie das Urlaubsgeld abgeschafft haben? Dass Sie es waren, die die ersten Nullrunden eingeführt haben? Dass Sie den Beamtinnen und Beamten die zustehenden Erhöhungen später ausgezahlt haben?“ Auf Pump Versprechungen zu machen, das könne jeder, erklärte der Finanzminister, „dafür braucht man nicht zu studieren.“ Die Zahl der Pensionäre werde von heute 153.000 Bürgerinnen und Bürgern auf mehr als 240.000 im Jahr 2030 ansteigen. Die Zulagen sollten die Beschwerden und besonderen Belastungen der aktiven Zeit ausgleichen. Solche Belastungen bestünden aber nach Eintritt in den Ruhestand nicht mehr. Die Polizeizulagen teilten damit das Schicksal der Schichtzulagen bei der Feuerwehr, die ebenfalls nicht ruhegehaltsfähig seien. Der Landtag in Bayern habe nur eine Verlängerung der Auslauffrist für den gehobenen Dienst auf das Ende der Frist für den unteren Dienst beschlossen. Die bevorstehende Landtagswahl in Bayern habe bei dieser Verlängerung sicher eine Rolle gespielt, vermutete Linssen. ■

Strategie bleibt umstritten

Aktuelle Stunde zur Klimaschutzpolitik der Landesregierung

Im Ziel einig, in den Ansätzen entgegengesetzt: So diskutierten Regierungsfractionen und Opposition in einer Aktuellen Stunde über die „Energie- und Klimaschutzstrategie der Landesregierung“. Dass der Ausstoß von Kohlendioxid – einem der größten „Klimakiller“ – gesenkt werden müsse, war allgemein unstrittig. Während jedoch CDU und FDP die ehrgeizigen Ziele der Landesregierung bis zum Jahr 2020 hervorhoben, hielten SPD und Grüne dagegen, die vorgelegte Rechnung sei eine „Luftbuchung“, da notwendige Vereinbarungen mit den Kraftwerksbetreibern nicht vorlägen.



Christian Weisbrich (CDU)

Norbert Römer (SPD)

Dietmar Brockes (FDP)

Reiner Priggen (GRÜNE) begrüßte zwar, dass die Landesregierung eine ambitionierte Reduzierung des CO₂-Ausstoßes beschlossen habe. Aber die Rechnung stimme nicht: Einige der dort für die Stilllegung vorgesehenen Anlagen seien keine „Altanlagen, sondern Neuanlagen“. Weitere Anlagen befänden sich im Bau. Zudem plane der Kraftwerksbetreiber RWE eben nicht, den Einsatz effizienterer Technik zur Einsparung von Braunkohle zu verwenden, sondern wolle vielmehr mit der gleichen Menge Kohle mehr Strom erzeugen. Auch die Einsparmöglichkeiten durch verstärkte Gebäudesanierung mochte der Abgeordnete nicht gelten lassen: Die hierfür notwendigen Finanzmittel stünden nicht zur Verfügung. So gesehen reduziere sich das Konzept der Landesregierung auf die Energieberatung, und das sei zu wenig, meinte der Abgeordnete.

Christian Weisbrich (CDU) hielt dagegen, die rotgrüne Vorgängerregierung habe in 15 Jahren lediglich eine Senkung des CO₂-Ausstoßes um 16,5 Millionen Tonnen geschafft. Die schwarz-gelbe Regierung habe sich vorgenommen, in der gleichen Zeit 81 Millionen Tonnen abzubauen. „Wer Garzweiler II genehmigt hat und jetzt gegen die Umsetzung des Programms zur Erneuerung der Kraftwerke polemisiert, verspielt seine Glaubwürdigkeit.“ Die Landesregierung verhandle mit der Kraftwerkswirtschaft über eine Gesamtgarantie, die CO₂-Emissionen um 30 Millionen Tonnen zu reduzieren. Hinzu kämen weitere 43 konkrete Pro-

jekte unter anderem in den Bereichen Energiesparen, Regenerative Energien, Kraft/Wärme-Kopplung, Brennstoffzelle, Wasserstoff, Verkehr und Kernenergie. Daher zog Weisbrich das Fazit: „Nie war mehr Klimaschutz in unserem Land. Und nie gab es mehr Transparenz.“

Norbert Römer (SPD) vermochte sich der Argumentation seines Vorredners nicht anzuschließen: Er sah in dem Konzept viele Überschriften, aber keine konkreten Maßnahmen. Damit werde die Landesregierung dem Land NRW als „Energiland Nr. 1 in Europa“ nicht gerecht. „Sie können, dürfen und wollen es nicht besser“, warf Römer der Landesregierung vor. Vor allem kritisierte der Abgeordnete, dass aktuell noch keine entsprechenden Studien in diesem Bereich in Auftrag gegeben worden seien. Die Verantwortung für die fehlende Offensive im Bereich „Biomasse“ und „Windkraft“ sah Römer eher bei der FDP. Insgesamt bemängelte er, die Landesregierung beuge sich zu sehr den Wünschen der Kraftwerksbetreiber, denen mehr an Effizienzgewinnen als einem Abbau von CO₂ gelegen sei.

Dietmar Brockes (FDP) hingegen bewertete die Klimaschutzstrategie der Landesregierung als gute Grundlage für besseren Klimaschutz: „Durch die Minderung des Ausstoßes von jährlich 81 Tonnen bis 2020 gegenüber 2005 erreicht Nordrhein-Westfalen allein 44 Prozent der vom Bund geplanten Einsparungsziele.“ Für den Politiker war es wichtig, dass die Verbraucher durch den Umbau der En-

ergiegewinnung nicht zusätzlich belastet werden. Neben einem klaren Bekenntnis zur Stromgewinnung aus Kohle forderte Brockes eine ideologiefreie Debatte über die friedliche Nutzung der CO₂-freien Kernenergie. So könnten in Deutschland durch die Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken ab 2020 jährlich bis zu 150 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) sah die Landesregierung auf einem guten Weg. Vor allem verwahrte sie sich gegen den Vorwurf der mangelnden Finanzierung und trat ein für ein System eines „brennstoffbezogenen Benchmarks“: Die von der Landesregierung geforderte kostenlose Zuteilung der Emissionszertifikate beziehe sich eben ausschließlich auf solche CO₂-Emissionen, die beim Einsatz bester Technik je Brennstoffart entstehen. In dieser Logik sei die kostenlose Zuteilung kein milliardenschweres Geschenk an die Energiewirtschaft. Sie forderte, bestehende Kraftwerke entsprechend zu modernisieren. Für die Landesregierung seien Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Versorgungssicherheit gleichrangige Ziele, erklärte die Ministerin. ■



Fotos: Schälte

Reiner Priggen (GRÜNE)
und Energieministerin
Christa Thoben (CDU)

Zeit billigen Öls ist vorbei

Auswirkungen der Preissteigerung – Bericht der Enquetekommission

Öl und Gas haben sich erheblich verteuert. Am stärksten trifft es die Verbraucher, und hier vor allem die Bevölkerungsschichten mit geringerem Einkommen (das sind immerhin 20 Prozent), aber auch die Kommunen; sie unterhalten öffentliche Einrichtungen und sind Träger der Heizkostenbeihilfe. Dies das einmütige Fazit des Enqueteberichts „zu den Auswirkungen langfristiger stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen“. Er wurde Mitte Mai im Plenum des Landtags diskutiert.

Wie ernst ist es mit der Verknappung der Ölressourcen? Haben wir schon heute die Spitze der konventionellen Ölförderung überschritten, wie Reiner Priggen (GRÜNE) und Uwe Leuchtenberg (SPD) behaupteten? Welche Preissprünge verursacht noch die steigende Nachfrage aus China und Indien? Oder haben wir – das war der Standpunkt von Christian Weisbrich (CDU) und Dietmar Brockes (FDP) – für den notwendigen Übergang noch mindestens 40 Jahre Zeit? Dies waren die zentralen Fragen, in denen sich Koalition und Opposition in der Arbeit der Enquetekommission wie auch in der Diskussion im Plenum unterschieden.

Eng damit zusammen hängt auch die Überlegung, ob die einheimische Industrie mit den Ölpreissteigerungen klar kommt (da die Mitkonkurrenten in der Regel von den gleichen hohen Öl- und Gaspreisen betroffen sind). Auch hier wieder die gleiche Konstellation: GRÜNE und SPD forderten ein rasches Umdenken und schnelle Maßnahmen wie Gebäude-Isolierung sowie den Ausbau von Nah- und Fernwärme und



Die gedruckte Broschüre mit dem Text des Abschlussberichts kann unter folgender Adresse bezogen werden: Landtag NRW Referat I.1-EK 1, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Fax 0211-884-3028, oder per Internet über andre.zoehren@landtag.nrw.de

Foto: Schälte

Folgerungen

Die Enquetekommission empfiehlt im Einzelnen

1. Überprüfung sämtlicher bestehender und geplanter bundesweiter Eingriffe im Energiesektor nach Maßgabe ihrer Effizienz und ordnungspolitischen Unbedenklichkeit
2. Beseitigung möglichst aller institutionellen Hemmnisse, die dem Wirken des Markts im Öl- und Erdgasbereich entgegenstehen, so etwa im Mietrecht
3. Beendigung der Überfrachtung des Energiesektors mit Zielen regional-, sozial-, industrie- oder beschäftigungspolitischer Natur
4. Einführung einer generellen Kennzeichnungspflicht für Energie verbrauchende Aggregate, Fahrzeuge und Produktionsanlagen
5. Erstellung von Wärmetestaten zuzüglich eines wärmetechnischen Sanierungsplans für sämtliche Gebäude, unterstützt durch staatlich geförderte qualifizierte Beratung und Schulung
6. Vorbildprojekte der öffentlichen Hand mit Verpflichtung der Gebietskörperschaften zur Einführung eines Energiemanagements und Energieberaters
7. Selbstverpflichtungen der Wirtschaft zum Aufbau von Nutzenergiemärkten und von dezentralen Kraft-Wärme-Kopplungssystemen
8. Ausbau der staatlichen Unterstützung für Forschung und Entwicklung marktförderer energietechnischer Systeme und Energieträger in Hochschulen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Errichtung eines einschlägig ausgerichteten Forschungsfonds
9. Anregung eines Programms zur zeitlich befristeten und degressiv ausgestalteten Abschreibungserleichterung für die beschleunigte wärmetechnische Sanierung des Gebäude-, Fahrzeug- und Anlagenbestandes sowie des Einsatzes marktnaher erneuerbarer Energieträger
10. Alternativ hierzu Anregung zeitlich befristeter und degressiv ausgerichteter Abschreibungserleichterungen zzgl. zeitlich befristeter und degressiver Starthilfen für die Installation effizienter Anlagen und marktnaher erneuerbarer Energieträger

Der gesamte Bericht der Enquetekommission ist im Internet zu finden unter www.landtag.nrw.de (Stichwort Parlament, Enquetekommissionen).

Kraft-Wärme-Kopplung. Gegen jeden „hektischen Aktionismus“ wandten sich dagegen CDU und FDP. Es bestehe zwar Grund zu „vorausschauendem und planvollem Handeln“, das auch wärmetechnische Sanierungsmaßnahmen beinhalten müsse. Der aktuell hohe Ölpreis basiere jedoch unter anderem auch auf Spekulationen an den Rohstoffmärkten.

Die Kontroverse fand ihren Niederschlag auch in der konkreten Handlungsanleitung: SPD und GRÜNE forderten, die Energiepolitik mit Klimaschutz, Sozialpolitik und Umweltpolitik zu vernetzen. CDU und FDP kritisierten, dieser Ansatz führe über Steuern, Abgaben und den forcierten Einsatz von erneuerbaren Energieträgern zu künstlich erhöhten Energiepreisen, die dann durch Sozialtarife wieder ausgeglichen werden müssten. Richtig sei, die Abhängigkeit von Öl und Gas zu beenden, aber das müsse durch die Auswahlprozesse von Markt und Wettbewerb geschehen.

Energieministerin Christa Thoben (CDU) kündigte für die Landesregierung an, NRW wolle in Deutschland eine Schrittmacherefunktion in der Energie- und Klimapolitik übernehmen. Dies werde auch mit der Energie- und Klimaschutzstrategie deutlich, die das Kabinett am 29. April dieses Jahres beschlossen habe.



Vor dem aufgeschlagenen Gästebuch des Landtags (v. l.): Ilan Mor, Gesandter der Botschaft des Staates Israel in Berlin, Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, Landtagspräsidentin Regina van Dinther und Avi Prior, israelischer Botschafter a.D.



wesenden: „60 Jahre Israel, 60 Jahre jüdisches Leben in Nordrhein-Westfalen. Diesen Reichtum an Möglichkeiten, an Chancen lassen wir uns nicht von den Anhängern totalitärer, menschenverachtender Ideologien kaputt machen“. Kein anderes Bundesland unterhalte so enge Beziehungen zu Israel, fuhr er fort. Die Freundschaft zwischen Nordrhein-Westfalen und Israel wolle man weiter festigen und ausbauen: „Sie kann gar nicht eng genug sein“. Der Ministerpräsident mahnte, für einen nachhaltigen Frieden in der Region seien größere Anstrengungen Deutschlands und ganz Europas nötig. Aber auch Israel müsse sich mehr engagieren und die „einseitige, existenzielle Abhängigkeit“ der Palästinenser verringern. Die sei demütigend und „Demütigung ist eine Quelle von Feindschaft“. Als „vertrauensbildende Maßnahmen“ nannte Rüttgers den Stopp des Siedlungsbaus und das Ende der Besatzung.

Der Gesandte der Botschaft des Staates Israel, Ilan Mor, würdigte Israel als funktionierende Demokratie seit Beginn. Er bezeichnete das Land als „Insel der Vernunft“ in einem Meer von Fundamentalismus und terroristischer Bedrohung. Die 60 Jahre seiner Existenz seien eine phänomenale Erfolgsgeschichte. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Israel sei „schon lange nicht mehr“ ausschließlich von der Shoa bestimmt. Der Staat Israel wolle in Frieden mit allen Nachbarn leben. Er sei bereit zu „schmerzhaften Kompromissen“ und habe die Hand zur Zusammenarbeit ausgestreckt, „aber auch 60 Jahre nach der Gründung steht die grundsätzliche Anerkennung durch die arabischen Länder noch aus“.

Landtagspräsidentin Regina van Dinther betonte, vor allem den jungen Menschen müsse der Stellenwert der besonderen Freundschaft zu Israel vermittelt werden. Denn in ihren Händen liege die Zukunft des deutsch-israelischen Miteinanders. Gegenseitiges Kennenlernen sei der beste Weg, um Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus entgegen zu treten. Sie schloss mit den Worten: „Herzlichen Glückwunsch Israel - Schalom!“

JK

Bekräftigung der Freundschaft

Festakt 60 Jahre Israel: Freude, Stolz und Nachdenklichkeit

Als „Zeichen der Solidarität mit den Töchtern und Söhnen Israels“ bezeichnete Landtagspräsidentin Regina van Dinther die gemeinsame Festveranstaltung von Landtag und Landesregierung zum 60. Jahrestag der Gründung des Staates Israel. Sie begrüßte im Plenarsaal die mehr als 600 Gäste und versprach, „Landtag und Landesregierung werden auch zukünftig mit Nachdruck daran arbeiten, die deutsch-israelische Freundschaft verantwortungsvoll zu gestalten“.

Die Festansprache hielt Professor Moshe Zimmermann von der Hebräischen Universität Jerusalem. Er hob die „Wahlverwandtschaft“ zwischen Deutschen und Israelis hervor und wählte das Bild eines Spiegels, in dem sich beide Völker ständig betrachten. Dabei, so der Leiter des Richard-Koebner-Instituts for German History, würden sie mehr Parallelen als Unterschiede entdecken. Die Israelis ihrerseits könnten aus dem „Blick in den deutschen Spiegel“ Schlüsse, wenn nicht gar Konsequenzen ziehen. So habe Deutschland gelernt, nicht auf militärische Konfrontation zu setzen. Weiter nannte der Redner den Umgang mit Vertriebenen und Flüchtlingen und ihre Integration nach dem Zweiten Weltkrieg sowie die deutsche Bereitschaft zur Aussöhnung mit den europäischen Nachbarn und zur europäischen Einigung. Eine solche Integration und Aussöhnung könnten Modell für den Nahen Osten sein, war Zimmermann überzeugt; die Übertragung sei keineswegs aussichtslos, wenn sie Gelegenheit habe, lange genug zu wirken.

Zuvor hatte Ministerpräsident Jürgen Rüttgers, gerade von einer viertägigen Israelreise zu-

rückgekehrt, das Vertrauen der Menschen in Israel zu Deutschland als Verpflichtung bezeichnet, „stark zu sein gegen alles, was dieses Miteinander stören will“. Gleichgültig, ob der Antisemitismus von rechts oder links komme. Der Ministerpräsident sagte unter dem lebhaften Beifall der An-



Edgar Moron, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe.



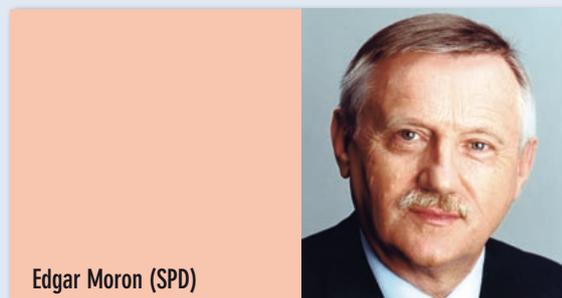
Professor Zimmermann, Historiker aus Jerusalem und Festredner der Feier.

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Werner Jostmeier (CDU)



Edgar Moron (SPD)

60 Jahre Israel – das bedeutet speziell für Nordrhein-Westfalen ...

... dass wir dankbar und stolz auf die guten und besonderen Beziehungen zum Staat Israel sein dürfen und dass NRW dabei eine verantwortliche Rolle spielt.

... nicht in den Bemühungen nachzulassen, sich für einen Frieden im Nahen Osten einzusetzen und die dauerhafte Existenz des Staates Israel zu sichern.

Die Notwendigkeit „besonderer“ Beziehungen zwischen Deutschland und Israel ist nach so vielen Jahren ...

... genauso existenziell und genauso zu unserer Staatsräson gehörend, wie vor 60 Jahren.

... nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Grauen des „Holocaust“ immer noch aktuell und zwingend.

Das erstarkende jüdische Leben an Rhein, Ruhr und Lippe ist für unser Land ...

... ein Zeichen der Hoffnung und ein Zeichen dafür, dass wir uns der historischen Verantwortung bewusst sind und aus der Geschichte gelernt haben. Wir sind dankbar dafür, dass in zahlreichen Städten Nordrhein-Westfalens sich inzwischen wieder mehr jüdische Mitbürger beheimatet fühlen als vor der Nazi-Diktatur.

... ein wunderbares Zeichen dafür, dass jüdische Menschen in Nordrhein-Westfalen eine sichere Heimat haben.

Die zahlreichen Schul- und Städtepartnerschaften mit Israel zeigen ...

... dass freundschaftliche Beziehungen zu Israel immer mehr zur Normalität werden und auch die junge Generation sich ihrer Verantwortung bewusst ist und unbefangenen und optimistisch in die Zukunft blickt.

... dass das Interesse für Israel und der Wunsch nach Versöhnung und Vergebung ungebrochen sind.

Angesichts von Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit hierzulande müssen Politik und Gesellschaft ...

... stets wachsam sein und so sensibel bleiben, dass wir früh genug den „Anfängen wehren“.

... wachsam, kampfbereit und konsequent im Handeln sein.

Die Reden des früheren Bundespräsidenten Rau und kürzlich von Bundeskanzlerin Merkel vor der Knesset unterstreichen ...

... die große Bedeutung die Deutschland den besonderen Beziehungen zu Israel beimisst und die Wertschätzung die Deutschland als Partner Israels inzwischen genießt.

... die Bedeutung, die die guten Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Nordrhein-Westfalen mit Israel auch für den israelischen Staat haben.

Die Arbeit der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe ist von herausragender Bedeutung, weil...

... die Mitglieder des nordrhein-westfälischen Landtags damit einen wertvollen Beitrag zu freundschaftlichen Beziehungen leisten können.

... die Abgeordneten aus Nordrhein-Westfalen in ihrer Funktion als Vertreter des Volkes in ganz besonderem Maße verpflichtet sind, jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern in unserem Land eine sichere Heimat zu garantieren und für den Staat Israel und seine Menschen einzutreten.

Diesmal sind es Mitglieder der Deutsch-Israelischen Parlamentariergruppe

Angela Freimuth (FDP)



Sylvia Löhrmann (GRÜNE)



... ein Anlass zur Freude. Kein anderes Bundesland hat so intensive Beziehungen zu Israel wie Nordrhein-Westfalen.

... eigentlich keine Notwendigkeit mehr, sondern durch eine von Freundschaft, Wertschätzung und Verantwortung getragene Beziehung zweier Völker und Staaten. Diese „besondere“ und freundschaftliche Beziehung ist ein Sieg der Menschlichkeit und Toleranz gegenüber Hass und Ignoranz.

... , die Menschen in unserem Land und für die kulturelle Vielfalt in Nordrhein-Westfalen ein Gewinn. Jüdisches Leben ist in Deutschland Gott-sei-Dank wieder zu Hause.

... dass die Freundschaft auch eine echte Freundschaft der Menschen ist. Beide Völker wollen gemeinsam die Herausforderungen der Zukunft gestalten, Demokratie, Menschenrechte, Toleranz gegenüber Andersdenkenden verwirklichen, humanitäre, sicherheitspolitische, ökologische und ökonomische Herausforderungen lösen.

... jeden Tag für Menschenrechte, Demokratie, Toleranz, Frieden und Nächstenliebe aktiv eintreten.

... dass in beiden Ländern Demokratie und Menschenrechte eine gemeinsame Basis politischen Handelns bilden. Es ist darüber hinaus eine große Ehre und Anerkennung für jeden Repräsentanten unseres Landes, in einem Parlament eines anderen Staates an die dortigen Abgeordneten zu sprechen.

... unsere Kolleginnen und Kollegen die vielen privaten Initiativen der Menschen in unserem Land auch politisch begleiten und die Bundesregierung in ihren verantwortungsvollen Aufgaben unterstützen. Sie leistet einen wertvollen Beitrag, um den Dialog zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen zu vertiefen.

... sehr viel. Unser Bundesland pflegt sehr intensive Beziehungen zu Israel. Ich erinnere mich an zahlreiche Debatten und fraktionsübergreifende Anträge. NRW ist meines Wissens das einzige Bundesland, das eine interfraktionelle Würdigung des jüdischen Lebens vorgenommen hat.

... so aktuell wie eh und je. Aus der Geschichte unseres Landes hat sich die Verpflichtung zu diesen besonderen Beziehungen ergeben, und diese Verpflichtung besteht dauerhaft. Wir müssen den Staat Israel unterstützen, und wir müssen den Friedensprozess im Nahen Osten unterstützen. Beides gehört zusammen.

... Bereicherung, Segen und Verpflichtung. Kein geringerer als Paul Spiegel hat es eine „Renaissance des Judentums“ genannt. Und es darf nie mehr anders werden. Der Widerstand gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus ist nichts weniger als ein Auftrag an alle Politikfelder.

... wie Versöhnung und gute Partnerschaft zwischen Völkern wachsen kann, zwischen denen so unfassbare Verbrechen in der Vergangenheit stehen. Gerade in der Kindheit und Jugend müssen und können die Grundlagen für Toleranz, Verständnis und Freundschaft zwischen Israel und Deutschland gelegt werden.

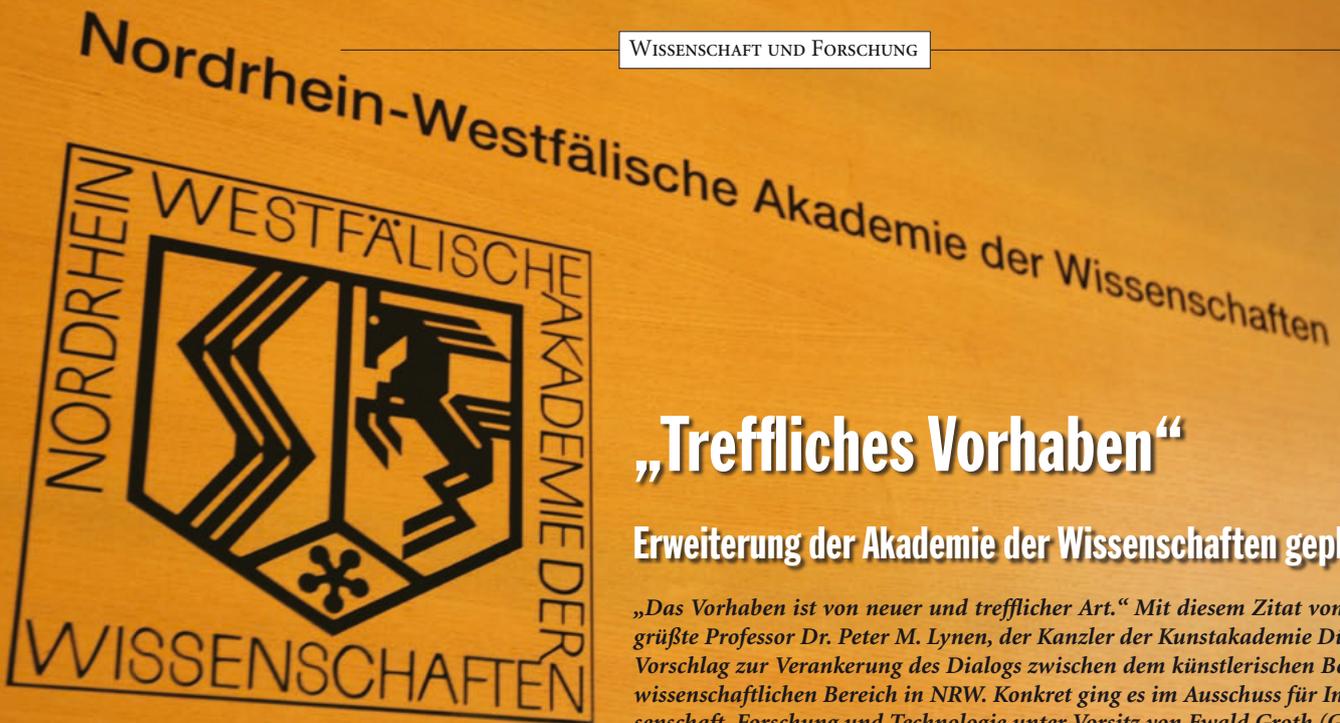
... ein wachsaues und wehrhaftes demokratisches Bollwerk gegen jeglichen Rassismus bilden. Das fängt in den Parlamenten an und hört bei jedem Einzelnen auf, der mit Wort und Tat gegen Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aufsteht und für Toleranz und Miteinander eintritt.

... die Wertschätzung, die Israel dem Deutschland des frühen 21. Jahrhunderts entgegen bringt. Inhaltlich unterstreichen sie einen Satz, den Richard von Weizsäcker geprägt hat und der unser Handeln leiten muss: „Wer vor der Vergangenheit die Augen verschließt, der wird blind für die Gegenwart.“

... sie zur Verständigung zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen einen außergewöhnlichen Beitrag leistet. Gerade der immer wieder gelebte persönliche Kontakt mit den Menschen in Israel, aber auch mit den Palästinensern ist ein zentraler Schlüssel zu Verständigung und Versöhnung.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Sebastian Wuwer.



„Treffliches Vorhaben“

Erweiterung der Akademie der Wissenschaften geplant

„Das Vorhaben ist von neuer und trefflicher Art.“ Mit diesem Zitat von Humboldt begrüßte Professor Dr. Peter M. Lynen, der Kanzler der Kunstakademie Düsseldorf, einen Vorschlag zur Verankerung des Dialogs zwischen dem künstlerischen Bereich und dem wissenschaftlichen Bereich in NRW. Konkret ging es im Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie unter Vorsitz von Ewald Groth (GRÜNE) um die Frage, ob die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften um eine Klasse für Künste erweitert werden soll.

Bisher besteht die Nordrhein-Westfälische Akademie der Wissenschaften aus einer Klasse für Geisteswissenschaften, einer Klasse für Naturwissenschaften und Medizin sowie einer Klasse für Ingenieur- und Wirtschaftswissenschaften. Ihre Aufgabe ist es, den wissenschaftlichen Gedankenaustausch unter ihren Mitgliedern und mit Vertretern des politischen Lebens des Landes zu fördern. Des Weiteren unterhält sie Beziehungen zu anderen wissenschaftlichen Einrichtungen im In- und Ausland.

CDU und FDP haben einen Gesetzentwurf (Drs. 14/6152) eingebracht, der eine Erweiterung der Akademie der Wissenschaften um eine Klasse für Künstler vorsieht. Dieser Vorschlag wurde von drei der vier anwesenden Experten unterstützt: von Professor Dr. Manfred J. M. Neumann (Präsident der Nordrhein-

Westfälischen Akademie der Wissenschaften), von Professor Dr. Peter M. Lynen sowie von Professor Dr. Clemens Zintzen, der aus seiner Erfahrung als ehemaliger Präsident und jetziges Mitglied der Akademie der Wissenschaften und der Literatur in Rheinland-Pfalz berichtete.

Heute, zu Beginn des 21. Jahrhunderts, gebe es laut Ansicht der Experten weniger Grund denn je, Wissenschaftler und Künstler voneinander zu trennen. Im Gegenteil: Es gelte, sie zusammen zu bringen, damit die gegenseitige Anregung die wissenschaftliche Arbeit einerseits und das künstlerische Schaffen andererseits erweitere. Dieser sogenannte „interdisziplinäre Dialog“ sei also zum Vorteil für beide Bereiche. Professor Dr. Zintzen ergänzte, dass sich in Mainz die Vernetzung von Wissenschaft und Literatur sowohl für das Innenleben als auch für die Außendarstellung der Akademie positiv ausgewirkt habe.

PROFILBILDUNG

Als Präsident der Akademie der Wissenschaften betonte Professor Dr. Neumann zudem die Notwendigkeit, am Profil der Akademie zu arbeiten. Er verwies auf ein Projekt „Junges Kolleg“, dem bald 30 junge Forscherinnen und Forscher angehören. Die Erweiterung der Akademie um eine Klasse der Künste würde einen weiteren profilbildenden Schritt ermöglichen. „Das wird die Strahlkraft der Nordrhein-Westfälischen Akademie verstärken“, so Neumann.

In der Diskussionsrunde schlossen sich die Vertreter aller Fraktionen dieser Zielsetzung an. Sie betonten zum einen die Bedeutung des Dialogs von Wissenschaft und Kunst, der durch die Erweiterung der Akademie gefördert werde, zum anderen aber auch die Möglichkeit von

Ausstellungen, Konzerten und „Performances“. Von daher stärke eine solche Initiative die Attraktivität des Kunststandorts Nordrhein-Westfalen und könne als Ergänzung zur kommenden nationalen Akademie der Wissenschaften dienen.

Damit fand die Position von Professor Dr. Jürgen C. Jacobs, der für eine eigenständige Akademie der Künste plädierte, keine Unterstützung. Er trug die Meinung der Geisteswissenschaftlichen Klasse der Akademie vor – deren derzeitiger Sekretär er ist –, die aufgrund der unterschiedlichen Mentalität von Künstlern und Wissenschaftlern Konflikte und Reibungsverluste befürchtet. Die Politiker sahen aber in einer eigenständigen Akademie der Künste nicht nur das Ziel des fruchtbaren Dialogs gefährdet; sie befürchteten auch, dass dieser Vorschlag deutlich teurer würde als die Errichtung einer vierten Klasse in der bestehenden Akademie.

Dieser in Deutschland einmalige integrative Ansatz, so Dr. Michael Brinkmeier (CDU), stärke die Attraktivität der bestehenden Akademie insgesamt. Für den Kulturausschuss betonte dessen Vorsitzender, Dr. Fritz Behrens (SPD), dass man nicht unbedingt nur über die Einbeziehung von Kunstwissenschaftlern, sondern auch von Künstlern spreche, was dem Projekt noch eine neue Dimension gebe. Karl Schultheis (ebenfalls SPD) forderte ergänzend, die Erweiterung der Akademie nicht als Ersatz für eine notwendige Stärkung des interdisziplinären Ansatzes im gesamten Hochschulbereich zu sehen. Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) wies darauf hin, dass eine Klasse für Künstler die gewünschten Ergebnisse nicht von allein bewirke. Notwendig sei eine deutliche Aufstockung der finanziellen Mittel der Akademie. In diesem Zusammenhang schlug Christian Lindner (FDP) vor, dieses Modell auch für Mäzene attraktiv zu gestalten.

CW

Rechenschaft und Einblick in die verschiedenen Arbeitsfelder gewährt die Ausstellung in der Eingangshalle des Akademiegebäudes in der Düsseldorfer Palmenstraße. Fotos: Schälte



Experten äußern Bedenken

Öffentliche Anhörung zu gekoppelten Wahlterminen

Dauerhaft wollen die Regierungsfractionen von CDU und FDP die Kommunalwahlen mit dem Termin der Europawahlen zusammenlegen. Sie erhoffen sich damit, das Interesse der Wählerinnen und Wähler an beiden Wahlen zu stärken. Im Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform (Vorsitz Edgar Moron, SPD) nahmen Sachverständige aus Rechtslehre und Politikwissenschaft sowie Vertreter der Kommunen Stellung zu dem Gesetzentwurf (Drs. 14/6512).

Grundsätzlich stimmten die Sachverständigen der gesetzgeberischen Zielsetzung zu, durch kombinierte Wahltermine das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den Kommunal- und Europawahlen zu erhöhen. Jedoch sahen sie den konkreten Gesetzentwurf der Regierungsfractionen mit verfassungsrechtlichen Bedenken verbunden.

„Es gibt kein ausdrückliches Verbot der Zusammenlegung von Wahlen“, erklärte Hans-Gerd von Lennep, Beigeordneter des Städte- und Gemeindebundes Nordrhein-Westfalen. Die Kopplung von Wahlterminen liege im Ermessensspielraum des Gesetzgebers. „Allerdings halte ich das zeitliche Nebeneinander von noch amtierenden und neu gewählten Räten in den Kommungen für problematisch“, so von Lennep. Durch die geplante Kopplung der Wahltermine würden die Kommunalwahlen um über vier Monate vorverlegt. In dieser Zeitspanne würden die Ratsmitglieder der zu Ende gehenden Wahlperiode den neu gewählten Räten gegenüber stehen.

„Die noch amtierenden Räte sind damit faktisch durch die neue Wahlentscheidung der Bürger geschwächt“, meinte Professor Frank Bätge von der Gelsenkirchener Fachhochschule für öffentliche Verwaltung. Die Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahlen gefährde vor diesem Hintergrund das Demokratieprinzip und das Gebot der unverzüglichen Umsetzung des Wählerwillens. Keine verfassungsrechtlichen Bedenken sah dagegen Professor Thorsten Koch vom Institut für Kommunalrecht an der Universität Osnabrück. Der Gesetzentwurf sei bereits durch das legitime Anliegen zu begründen, durch gekoppelte Wahltermine doppelte finanzielle Ausgaben für die Wahlorganisation einzusparen. Der Gesetzgeber stehe vor der Alternative, entweder die laufende Wahlperiode zu verkürzen oder einen Zeitraum von vier Monaten zwischen Wahl und Beginn der neuen Wahlperiode in Kauf zu nehmen.

Deutliche Worte der Kritik fand hingegen Professor Martin Morlok vom Lehrstuhl für Öffentliches Recht an der Düsseldorfer Heinrich-Heine-Universität. Die Zusammenlegung der Wahltermine bedeute in diesem konkreten Fall, dass der Gesetzgeber dem Souverän den Gehorsam verweigere. Die Wählerinnen und

Wähler müssten über vier Monate auf eine Realisierung ihrer Wahlentscheidung warten. Dementsprechend werde ihr Wille vom Gesetzgeber zeitweise ignoriert. Der vorliegende Gesetzentwurf stehe daher unter „erheblichem Rechtfertigungsdruck“, meinte Morlok.

„SOMMERPAUSE“

Ein weiteres Problem des Gesetzentwurfs sprachen die Sachverständigen Marco Kuhn (Landkreistag NRW) und Hubert Harfst (Wahlleiter der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover) an. Durch die sich verschiebenden Wahlfristen sei damit zu rechnen, dass die konstituierende Sitzung der kommunalen Räte in späteren Wahlperioden stets in die Sommerferien falle. Dies sei für die ehrenamtlich wirkenden Räte eine kaum zu akzeptierende Belastung.

Warum die Kommunalwahlen nicht besser mit der Bundestagswahl zusammengelegt werden können, fragte sich der Oberbürgermeister der Stadt Mönchengladbach, Norbert Bude. Er hielt eine Kopplung mit den Europawahlen für „kontraproduktiv“, da sich das Desinteresse der Wähler an europäischen Themen eher negativ auch auf die Beteiligung an den Kommunalwahlen auswirken werde. Im Anschluss rief der Sachverständige Alexander Slonka vom Verein „Mehr Demokratie“ die Regierungsfractionen auf, „jeden Verdacht einer wahltaktischen Entscheidung“ bei der Zusammenlegung der Wahltermine zu vermeiden. Nur dann sei die gekoppelte Wahl mit Vorteilen für die Wähler verbunden. „Der Gang zur Urne wird dann attraktiver, weil die Wähler gleich mehrere Entscheidungen treffen können“, so Slonka.

Ablehnend stand im Ausschuss Eike Thomas Block aus dem Landesvorstand der Grünen Jugend Nordrhein-Westfalen dem Gesetzentwurf gegenüber. Die Zusammenlegung der Wahltermine fördere Politikverdrossenheit, da sie vielen Jugendlichen im Land das aktive und passive Wahlrecht entziehe – jenen Jugendlichen, die erst zum Zeitpunkt des bisher vorgesehenen Kommunalwahltermins im Oktober 2009 wahlberechtigt wären, am vorgezogenen Wahltermin aber noch kein Stimmrecht besitzen.

SW

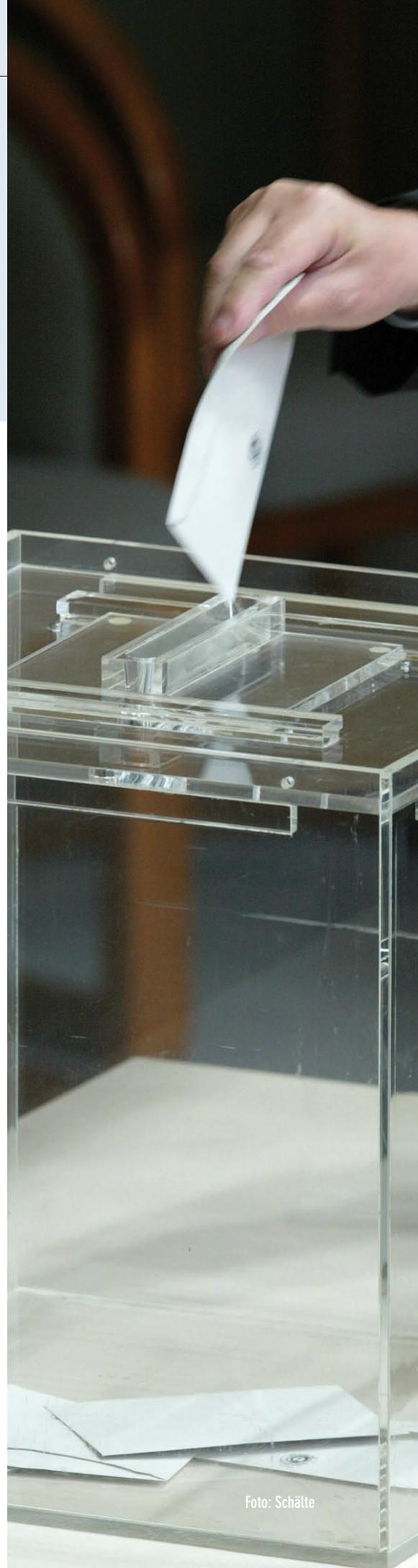


Foto: Schälte

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 23. Juni 2008 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter der Nummer 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Einen besseren Schutz junger Frauen vor K.O.-Tropfen forderten die Grünen im **Ausschuss für Frauenpolitik** (Vorsitz Elke Rühl, CDU). Mit einem Gesetzentwurf (Drs. 40/5019) wollte die Fraktion den Zugang zur Chemikalie GBL erschweren, die jungen Frauen und auch Männern in Diskotheken und auf privaten Feiern immer häufiger zum Verhängnis wird. Unbekannte mischen die farblose Chemikalie in Getränke und machen ihre Opfer damit vorübergehend willenlos. In der Folge kommt es häufig zu sexuellen Übergriffen und Raubdelikten. „Der gesetzgeberische Handlungsbedarf ist groß“, meinte im Ausschuss die frauenpolitische Sprecherin der Grünen, Barbara Steffens. Der Ausschuss für Frauenpolitik lehnte den Gesetzentwurf mit den Stimmen von CDU und FDP mehrheitlich ab. Die Sprecherin der CDU-Fraktion, Maria Westerhorstmann, verwies auf die gesetzgeberische Zuständigkeit des Bundes, während die Sprecherin der FDP-Fraktion, Ingrid Pieper-von Heiden, den Entwurf als „längst überholt“ betrachtete. Die Öffentlichkeit sei für das Problem seit vielen Jahren sensibilisiert. Die SPD-Fraktion enthielt sich der Stimme, da sie den geforderten, gesetzlich beschränkten Zugang zur Chemikalie für nicht praktikabel hielt.

+++

Offenbar großes Kopfzerbrechen bereitete Schülerinnen und Schülern eine Geometrieaufgabe in den zentralen Abiturprüfungen. Die Aufgabe, einen achteckigen Körper (Oktaeder) zu berechnen, sei im Hinblick auf das Grundkursniveau zu schwierig gewesen, bemängelten Prüflinge unter anderem in zahlreichen Schreiben an den Landtag. Im **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) reagierte Schulministerin Barbara Sommer (CDU) auf diese Kritik. Die Oktaeder-Aufgabe habe den Standardanforderungen des Zentralabiturs entsprochen und sei im Vorfeld der Prüfungen von externen Sachverständigen als lösbar bewertet worden, so die Ministerin. Sie sei optimistisch, dass die

Abiturnoten in vielen Fällen positiv ausfallen würden. „Ich bitte deshalb alle Schüler abzuwarten, welche Note sie tatsächlich erhalten“, erklärte Sommer und wandte sich damit auch an die zahlreichen Abiturienten, die als Zuschauer an der Ausschusssitzung teilnahmen. Mit der Einschätzung der Ministerin wollten sich die Abgeordneten der Oppositionsfrak-

politisches Ziel. Daher sei zu überlegen, ob eine Verfassungsänderung zugunsten der Zusammenarbeit von Bund und Kommunen in diesem Bereich angestrebt werden müsse.

+++

Das vermehrte Auftreten von Pharmarückständen in Gewässern und im Grundwasser beklagte die SPD-Fraktion im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU). In einem Antrag (Drs. 14/5778) forderte sie einen Maßnahmenkatalog sowie eine verstärkte Forschungsarbeit zur Reduzierung der Rückstände. Unterstützung in ihrem Anliegen fanden die Sozialdemokraten bei den Grünen, deren Sprecher Johannes Rimmel zugleich die Forderung nach einem Abwasserkataster erhob. Die Regierungsfaktionen beurteilten den Antrag als überflüssig: Hubert Schulte (CDU) führte aus, dass die im Antrag angeführten Maßnahmen bereits geprüft würden. Ein Forschungsdefizit sehe er nicht. Diese Einschätzung teilte auch Holger Ellerbrock (FDP). Die steigende Anzahl von Pharmarückständen in Gewässern sei kein Grund zur Beunruhigung, sondern vor allem den verbesserten Analysemethoden geschuldet. Umweltstaatssekretär Dr. Alexander Schink erklärte, dass die Landesregierung dem derzeitigen Forschungsbedarf beispielsweise durch die Einberufung einer wissenschaftlichen Kommission zu diesem Thema nachkomme. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Regierungsfaktionen gegen die Stimmen der Opposition abgelehnt.

+++

Einstimmig begrüßten alle vier Fraktionen im **Ausschuss für Bauen und Verkehr** (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) die Ankündigung des Bundeswirtschaftsministeriums, Reformpläne für die Honorarordnung für Architekten und Ingenieure (HOAI) zurückzuziehen. Wie Bauminister Oliver Wittke (CDU) mitteilte, sei ein entsprechender Referentenentwurf „vorerst vom Tisch“. Die Kammern und Verbände der Architekten und Ingenieure hatten die Reformpläne scharf kritisiert, da die Honorarordnung künftig nur noch für reine Planungsleistungen gelten sollte. Im Bauausschuss betonten Abgeordnete aller vier Fraktionen, sich weiterhin für den Erhalt der HOAI einzusetzen. Die Honorarordnung sei das beste Mittel, um einen Preiswettbewerb nach unten und einen damit einhergehenden Qualitätsverlust zu verhindern, lautete der Konsens im Ausschuss.



Illustration: Peter Flock

tionen nicht zufrieden geben. Die anhaltende Kritik von Schülern, Lehrern und Eltern zeige, dass es organisatorische Mängel bei der Umsetzung des Zentralabiturs gebe.

+++

Wie das Zusammenspiel von Arbeitslosen- und Sozialhilfe rechtlich einwandfrei abgesichert werden kann, thematisierten die Abgeordneten im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD). Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) informierte die Parlamentarier über die Ergebnisse einer Sondersitzung der Arbeits- und Sozialministerkonferenz. Das Gremium hatte beschlossen, eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einzurichten, die bis Ende Juni 2008 Vorschläge für eine gesetzliche Neuregelung erarbeiten soll. Anlass hierzu gibt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Kooperation der Bundesagentur für Arbeit mit den kommunalen Trägern als verfassungsrechtlich nicht zulässig erklärt. Minister Laumann betonte im Ausschuss, das Prinzip „Arbeitslosen- und Sozialhilfe aus einer Hand“ zu erhalten, sei oberstes

Chance oder Ungerechtigkeit?

Experten mehrheitlich für weitere Vergabe von Kopfnoten

Elf Experten kamen im Ausschuss für Schule und Weiterbildung (Vorsitz Wolfgang Große Brömer, SPD) zusammen, um über das Für und Wider der von CDU und FDP eingeführten sechs Kopfnoten in Schulzeugnissen zu diskutieren. Anlass war ein von der GRÜNE-Fraktion eingebrachter Gesetzentwurf zur Abschaffung der Kopfnoten (Drs. 14/6157). Die meisten der geladenen Experten befürworteten die Beibehaltung der Kopfnotenvergabe, regten allerdings Änderungen des bestehenden Verfahrens an.

Im Handwerk hat man mit Menschen zu tun. Lehrlinge, die man zu Kunden schickt, müssen sich benehmen können. Unpünktlichkeit kostet den Betrieb viel Geld“, so Reiner Nolten als Hauptgeschäftsführer des Westdeutschen Handwerkskammertags. Nolten bejahte ausdrücklich die Vergabe von Ziffernoten, denn nur diese würden von jedem Arbeitgeber eindeutig verstanden. Bernhard Keller, stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung der Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalen, sah in Kopfnoten vor allem Chancen für schwächere Schüler, sich Unternehmen über persönliche Qualitäten empfehlen zu können. Die im Gesetzentwurf befürchtete Stigmatisierung von Schülern durch schlechte Kopfnoten wies er zurück. Schließlich seien Fachnoten auch nicht revidierbar, so Keller. Martina Ernst, Geschäftsführerin der Industrie- und Handelskammer in NRW, meinte, dass Kopfnoten viel einfacher zu verbessern seien als Fachnoten. Dadurch böten sich vielen Schülern Chancen. „Kopfnoten sind eine Aufforderung, sich Mühe zu geben“, sagte Ernst und befand, es sei das gute Recht einer Schule, dieses zu fordern.

Reinhold Bussieweke, Leiter der Hauptschule im Herxfeld in Sassenberg, wunderte sich über die Formulierung „Die Lehrerinnen und Lehrer sind für die Benotung des Arbeits- und Sozialverhaltens nicht ausgebildet“, wie sie im Gesetzentwurf der Grünen zu finden sei. Aus seiner eigenen Erfahrung konnte er

berichten, dass Lehrer dieses seit vielen Jahren bewerteten und es auch in die Fachnote mit einfließen ließen. So sei eine Umstellung auf die Kopfnotenvergabe kein Problem gewesen.

EMPFEHLUNGEN

Berufsschüler von der Vergabe von Kopfnoten auszunehmen forderte Elke Vormfenne als Vorsitzende des Verbands der Lehrerinnen und Lehrer an Wirtschaftsschulen in NRW. „Universitäten vergeben ja auch keine Kopfnoten“, so Vormfenne, die empfahl, Erwachsene grundsätzlich bei der Kopfnotenvergabe auszuklammern. Eine Reduzierung von sechs auf vier Kopfnoten empfahl Petra Witt, Vorsitzende des VDP Privatschulverbands NRW. Die Schulen sollten zudem verbale Ergänzungen zu den Ziffernoten machen dürfen, so Witt. Den Begriff „Kopfnoten“ durch „Rückmeldungen“ zu ersetzen, schlug Mathia Arent-Krüger vom Verband Bildung und Erziehung NRW vor. Schließlich habe die Benotung des Arbeits- und Sozialverhaltens einen pädagogischen Zweck und sollte kein Disziplinierungsmittel sein, so Arent-Krüger. Sie meinte zudem, dass individuelle Förderung auch individueller Rückmeldungen anstatt Ziffernoten bedürfe.

Landesweite verbindliche Vorgaben für die Kopfnotenvergabe forderte Gabriela E. Custodis, Vorsitzende der Landeselternschaft der

Gymnasien in NRW. Die bisherigen Ungleichheiten seien ungerecht. Ausdrücklich begrüßte sie jedoch die Einführung der Kopfnoten, da sich fachlich schwächere Schüler dadurch Vorteile bei Bewerbungen erarbeiten könnten.

„Schulische Bildung verkommt durch die Kopfnotenvergabe zu reiner Berufsvorbereitung. Das können Eltern nicht wollen“, äußerte sich Barbara Balbach vom Landesverband der Katholischen Elternschaft Deutschlands. Die Entwicklung eines Menschen sei jederzeit offen und besonders in der Pubertät großen Schwankungen unterworfen. Diese Schwankungen dürften nicht durch Ziffern festgehalten werden, so Balbach. Gegen die derzeitige Vergabepaxis von Kopfnoten sprach sich Andreas Meyer-Lauber als Vorsitzender der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen (GEW) aus. Er empfahl, die Vergabe solcher Noten nach Altersgruppe der Schüler ausdifferenzieren. In der Grundschule genüßten verbale Einschätzungen und für Abiturjahrgänge sei die Rechtmäßigkeit der Vergabe von Kopfnoten noch zu prüfen, so Meyer-Lauber. Dass Kopfnoten für Schüler keinen Nutzen hätten, sondern nur eine Vorsortierung für die Wirtschaft darstellten, behauptete Horst Wenzel von der LandesschülerInnenvertretung Nordrhein-Westfalen. Die Benotung problematischen Verhaltens vernachlässige die Frage nach den Gründen eines solchen Verhaltens, so der Schülersprecher.

JCS

Sicher – sauber – bezahlbar:

CDU will Neuausrichtung der Energiepolitik in NRW

Sicher – sauber – bezahlbar“ – so lautet der Titel eines Eckpunktepapiers, das die CDU-Landtagsfraktion nun vorgestellt hat. „Diese Eckpunkte markieren unseren Anspruch als stärkste Regierungsfraktion in Nordrhein-Westfalen an eine Neuausrichtung der Energiepolitik“, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Lutz Lienenkämper (Foto). Dabei sei „die Gesamtschau der Energieproblematik“ der prägende Ansatz der CDU-Landtagsfraktion. „Überall im Land sind die Preise für Treibstoff und für das Heizen stark gestiegen. Energie muss aber bezahlbar sein. Gleichzeitig muss sie sauber sein und sie muss sicher sein“, bringt der Christdemokrat die Gesamtschau auf den Punkt. Lienenkämper: „Sicher, sauber, bezahlbar – das sind gewissermaßen die Eckpunkte eines gleichschenkligen Dreiecks einer zukünftigen Energiepolitik der CDU im Düsseldorfer Landtag.“

Der Energieexperte der CDU-Landtagsfraktion betont die Notwendigkeit, auf alle

Energieträger zu setzen, auf die regenerativen Energien wie aber auch auf die weitere Nutzung der Kernkraft. Es könne nicht sein, dass man durch einen Ausstieg aus der Kernenergie die Energie künstlich verknappe und damit die Preise weiter in die Höhe treibe. Gleichzeitig verabschiede man sich damit von einem Energielieferanten, der nahezu kein CO₂ ausstoße. Allerdings dränge die CDU-Landtagsfraktion darauf, dass die Kraftwerkserzeuger ihre Erneuerungsprogramme für Kohlekraftwerke vorantreiben und eine verbindliche Verpflichtung zur CO₂-Reduzierung eingehen.

Lienenkämper: „Die CDU-Landtagsfraktion will eine Neuausrichtung der Energiepolitik. Wir bekennen uns zu einem integrativen Konzept, das die Ziele Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit, Wettbewerbsfähigkeit und Sozialverträglichkeit nachhaltig und gleichrangig verfolgt. Wir sind überzeugt, dass klimaverträgliche Energieumwandlung und Energienutzung mit Wirtschaftlichkeit, Versor-

gungssicherheit und Sozialverträglichkeit vereinbar sind, solange abrupte Brüche im Energiemix vermieden werden und keine Energiart tabuisiert wird.“



FDP bestätigt ihre Fraktionsspitze und unterstützt die Wiederwahl von Bundespräsident Köhler



Die Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion haben Ende Mai in geheimer Wahl ihre Führungsspitze bestätigt. Turnusgemäß und zum letzten Mal in dieser Legislaturperiode haben die Liberalen ihren Fraktionsvorstand neu gewählt. Alter und neuer Vorsitzender ist Gerhard Papke. Er führt die FDP-Fraktion bereits seit knapp drei Jahren. Auch die Stellvertreter, Christian Lindner sowie Christof Rasche, wurden ebenso wie der Parlamentarische Geschäftsführer Ralf Witzel ohne Gegenkandidaten wiedergewählt. Nach seiner Bestätigung im Amt kündigte Fraktionschef Gerhard Papke vor seiner Fraktion an, dass die FDP-Landtagsfraktion „ihre Rolle als Tempomacher und ord-

nungspolitischer Kompass der Koalition entschlossener denn je wahrnehmen werde“. Die FDP-Fraktion werde dabei helfen, dass sich in der Landesregierung – bei allem berechtigtem

Stolz auf das bisher Erreichte – keine Selbstzufriedenheit verbreite.

Zudem beschloss die Fraktion einstimmig, die Wiederwahl von Bundespräsident Horst

Köhler für eine zweite Amtsperiode zu unterstützen. „Bundespräsident Köhler steht für eine liberale Politik und hat in seiner bisherigen Amtszeit immer wieder die Bedeutung der sozialen Marktwirtschaft betont“, erklärte Fraktionschef Gerhard Papke. Aus Sicht der FDP-Landtagsfraktion sei Horst Köhler ein geradezu idealer Bundespräsident und er genieße das Vertrauen der überwältigenden Mehrheit des Volkes. „Deshalb werden die Vertreter der FDP-Landtagsfraktion in der nächsten Bundesversammlung die erneute Kandidatur des amtierenden Bundespräsidenten geschlossen unterstützen.“



Texte in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Nichtraucherschutz in NRW darf nicht ausgehöhlt werden



Das nordrhein-westfälische Nichtraucherschutzgesetz ist beschlossen und gilt. Darin ist ein absolutes Raucherverbot in Ein-Raum-Gaststätten, also die klassische Eckkneipe, ab dem 1. Juli 2008 festgelegt. Die CDU/FDP-Regierungscoalition hat jetzt aber im Vorfeld für völlige Verwirrung gesorgt, indem sie einen landesweiten Modellversuch für die Erprobung von Absauganlagen in Ein-Raum-Kneipen in Aussicht gestellt hat. Ein solcher Modellversuch, der erst in ein bis zwei Jahren Klarheit bringen würde, ob Luftabsauganlagen auch einen umfassenden Schutz vor den Gefahren des Rauchens bieten, ist in dem Gesetz nicht vorgesehen. Es ist unverantwortlich, dass die Landesregierung in einem so zentralen Thema wie dem Gesundheitsschutz ihrer Bürgerinnen und Bürger nicht für Klarheit sorgt.



Denn die nichtrauchenden Kneipenbesucher wissen bei dem Experiment nicht, ob sie wirklich vor den Gesundheitsgefahren des Passivrauchens geschützt sind und die Wirte können nicht sicher sein, ob die eingebauten teuren Anlagen in einigen Monaten überhaupt noch zulässig sind.

Der Landtag muss daher die von CDU und FDP verursachte Verunsicherung beseitigen und deutlich machen, dass das geltende Nichtraucherschutzgesetz uneingeschränkt gilt und nicht durch Modellversuche zur Überprüfung der Wirksamkeit von Luftfilteranlagen unterlaufen wird. Die SPD-Landtagsfraktion hat daher einen Antrag (Drs. 14/6867) in die aktuelle Plenardebatte eingebracht, der noch einmal bekräftigt, dass der Nichtraucherschutz in Nordrhein-Westfalen nicht ausgehöhlt werden darf. ■

Kampagne der Landtagsfraktion gegen Armut

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Die Armutsberichte in Bund und Land zeigen, dass sich die Schere zwischen armen und reichen Haushalten weiter geöffnet hat und ein immer größerer Anteil der Bevölkerung mit den Folgen von Armut kämpfen muss. Besonders betroffen sind Alleinerziehende und ihre Kinder, kinderreiche Familien, Familien mit Migrationshintergrund sowie Langzeitarbeitslose.

Arm zu sein bedeutet nicht nur unter materiellem Mangel zu leiden. Zahlreiche Studien zeigen, dass Armut immer auch mit Benachteiligung bei Bildung, Gesundheit und soziokultureller Teilhabe verbunden ist. Die grüne Fraktion betrachtet es als einen gesellschaftlichen Skandal, dass gerade Kinder und Jugendliche und deren Familien von den Armutsfolgen in besonderer Weise betroffen sind und so in ihren Teilhabe- und Entwicklungschancen massiv beeinträchtigt werden.

Nach zahlreichen parlamentarischen Initiativen im Landtag haben sich die Abgeordneten der Grünen Landtagsfraktion diese Woche mal wieder im ganzen Land auf den Weg gemacht. Vor Ort bekamen sie unmittelbare Eindrücke

der verschiedensten Aspekte von Armut, ihren Folgen und notwendigen Gegenmaßnahmen und erhielten in vielen Gesprächen Informationen aus erster Hand. Entsprechend breit war denn auch das Spektrum der diskutierten Themen:

- Die Bereitstellung von Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen
- Armutsrisiken bei Migrantinnen und Migranten
- Die Nachfrage nach Schuldner- bzw. Insolvenzberatung und Auswirkungen der Kontopfändungsreform
- Die Verschärfung der Wohnungsmarktsituation für Einkommensschwache durch den Verkauf von kommunalem Wohneigentum
- Die soziale Situation von Studierenden

- Die Folgen steigender Energiepreise für Einkommensschwache und Angebot von Sozialtarifen
- Sport – und Bewegungsangebote für Kinder einkommensschwacher Familien.

Darüber hinaus wird die Fraktion natürlich verstärkt Gespräche mit den Verbänden führen und die anstehenden Handlungsschritte auf Landes- und Bundesebene diskutieren. ■





Eines von vielen Juwelen im Siebengebirge: Die Drachenburg. Das Gemäuer aus den deutschen Gründerjahren stand nach wechselvoller Geschichte, Kriegsschäden und ständig fortschreitendem Verfall kurz vor dem Abbruch. 1989 leitete die NRW-Stiftung für Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege die umfassende Restaurierung ein. Seit verganginem Jahr glänzt das Schloss ohne Baugerüst, auch die prachtvollen Innenräume können besichtigt werden. Beliebt ist die Drachenburg auch aus einem besonderen Grund: In seinem opulenten Ambiente kann standesamtlich geheiratet werden. Foto: Kamp

Streit um den Drachenfels

Anhörung: Im Siebengebirge ist der zweite Nationalpark geplant

Der zweite Nationalpark des Landes soll als „Bürgerationalpark“ im rheinischen Siebengebirge errichtet werden. Anders als der Nationalpark Nordeifel stößt das Vorhaben um den Drachenfels aber nicht auf ungeteilte Zustimmung. Vor Ort gibt es Kräfte, die Bedenken anmelden. Drei Bürgerinitiativen haben sich gebildet. Auch Stimmen aus dem Naturschutz geben sich zurückhaltend: Das vorgesehene Gebiet sei zu klein, zu zersiedelt, in der Umsetzung zu halbherzig. In einer von den Grünen mit einem Antrag (Drs. 14/4478) angestoßenen Anhörung des Umweltausschusses (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) verschafften sich die Abgeordneten einen Eindruck vom Für und Wider.

Schweres Geschütz fuhr die Bürgerinitiative Freies Siebengebirge auf: „Gesetzeswidrig, den internationalen Kriterien nicht entsprechend, der Zweckverband als Trägerkonstruktion rechtlich unzulässig.“ Der Zusammenschluss von Anliegern und Bewohnern des Siebengebirges kritisierte, dass die Initiatoren des Nationalparks von Anfang an eine „echte, glaubhafte Mitwirkung der Bürger unterbunden“ hätten und warnte vor finanziellen Risiken: Dieses unerwünschte Geschenk sei vielleicht „vergeblich, aber nicht umsonst“.

Ganz anders klang es von Seiten der kommunalen Gebietskörperschaften. „Die Idee der Bildung eines Nationalparks Siebengebirge ist von Anfang an in einem ergebnisoffenen Mei-

nungsbildungsprozess mit den Bürgerinnen und Bürgern erörtert worden.“ Es habe sich eine „grundlegende Unterstützung des Projekts“ abgezeichnet. Die neue Organisationsform im Rahmen eines Zweckverbands, der sich aus Landes- und Kommunalebene in gleichberechtigter Partnerschaft zusammensetze und zudem den ehrenamtlich getragenen Verschönerungsverein Siebengebirge und die Forstbetriebsgemeinschaft einbinden solle, werde uneingeschränkt begrüßt, meinte der Sprecher des NRW-Landkreistags und fügte hinzu: „Die damit einhergehende unmittelbare Einbindung der Interessen der Bürgerinnen und Bürger kann einen Nationalpark Siebengebirge zum Prototyp eines Bürgerationalparks in Deutschland werden lassen.“

Ähnlich äußerte sich der Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Es handele sich um ein „echtes Pilotprojekt mit Vorbildfunktion für ganz Deutschland“. Wenn es Sorgen und Befürchtungen bei den unmittelbaren Anwohnern wegen möglicher Einschränkungen beim Umfang und Verlauf der Wege oder durch zusätzlichen Erholungsverkehr gebe, dann werde der weitere Prozess genutzt, „um diesen Sorgen zu begegnen“.

KULTURRAUM

Und der Verschönerungsverein, der vor mehr als 100 Jahren gegründet wurde? Sein Sprecher stellte fest, dass das Siebengebirge die Voraussetzung zur Ausweisung eines Nationalparks erfülle. Anders als bei der staatlichen Verwaltung von Nationalparks hätten hier die Bürger „in einer neuen Partnerschaft von Staat und Gesellschaft“ breiten Einfluss auf die Arbeit der Nationalparkverwaltung.

Wasser in den Wein goss der Naturschutzbund Deutschland (NABU): Der geplante Nationalpark Siebengebirge verfüge nur über knapp die Hälfte der erforderlichen 10.000 Hektar Fläche. Die Zerschnittenheit durch Straßen und ein dichtes Wegenetz stellten ein „dauerhaftes und erhebliches Defizit“ dar, das nicht zu heilen sei. Fazit: „Der geplante Nationalpark Siebengebirge erfüllt damit weder internationale noch nationale Kriterien, noch wird er die Kriterien je erfüllen können.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) kam zu einem ähnlichen Urteil. Sein Vertreter gab zu Protokoll: „Einen Nationalpark light oder Etikettenschwindel darf und wird es mit der Beteiligung des BUND nicht geben.“ Die Landesarbeitsgemeinschaft Naturschutz und Umwelt (LNU) meldete Forderungen an, damit zumindest mittelfristig ein Nationalpark im Siebengebirge zu erreichen ist. Darunter die Einbeziehung von Rheinland-Pfalz, Wegereduzierung, Besucherlenksystem und Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs als attraktive Alternative zum Individualverkehr und Verzicht auf den Aus- und Neubau von Straßen. Der Deutsche Naturschutzring schließlich fand, mit Senne und Rothaargebirge gebe es geeignetere Gebiete für Nationalparks in NRW.

Zurück zum Siebengebirge: Bei allem beachtenswerten Naturschutz dürfe die Eigenschaft dieses Raums als hervorragende Kulturlandschaft nicht zu kurz kommen, warf der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz in die Debatte ein. Bei den Planungen müssten Naturschutz und Kulturlandschaftspflege sorgfältig abgewogen werden, „damit die kulturhistorische Prägung und die kulturtouristische Nutzung des Raumes auch weiterhin gewährleistet werden.“ JK



Porträt: Heike Gebhard (SPD)



Wer Heike Gebhard in ihrem Wahlkreisbüro im Herzen von Gelsenkirchen-Buer besucht, dem bleibt nicht verborgen, dass der sozialdemokratische Stallgeruch, der der 54-Jährigen seit 1972 anhaftet, bis heute nicht verfliegen ist. „Wenn ich die Werte, die ich vermitteln möchte, nicht auch vorlebe, dann bin ich nicht glaubwürdig und habe auch keinen Erfolg“, begründet sie ihre bewusste Entscheidung zur Bodenhaftung in Bescheidenheit in einer Region, die im öffentlichen Bewusstsein nicht unbedingt als Hochburg der Reichen und Schönen gilt.

Dass Heike Gebhard trotz der SPD-Wahlniederlage 2005 inmitten des Ruhrgebiets noch satte 51,8 Prozent eingefahren hat, bedeutet für die Politikerin, die selbst aus kleinbürgerlichen Verhältnissen stammt, eine große Verpflichtung gegenüber ihren Wählerinnen und Wählern. Von daher gesehen scheut sie sich auch nicht, offen Partei zu ergreifen: „Ich muss auch formulieren können, für wen ich Politik mache“, sagt sie. Und wenn es nicht mehr zu verteilen gebe als nun einmal da ist, dann müssen halt auch welche etwas abgeben. „Diese Konsequenz auch offen auszusprechen und um Mehrheiten dafür zu kämpfen, müssen wir wieder lernen“, formuliert Gebhard ihr sozialdemokratisches Selbstverständnis.

Dass sie schon früh mit 18 Jahren zur SPD stieß, war sowohl Ausdruck ihrer realen Lebenserfahrung als auch den seinerzeit äußerst politisierten Jahren der Großen Koalition und der Kanzlerschaft Willy Brandts. „Bis auf zwei Schülerinnen waren wir in der Oberstufe schon alle politisch organisiert“, erinnert sich Heike Gebhard an die Zeit vor und nach 1970 zurück. Damals hatte sie als Außenseiterin aus einem sozial schwächeren Milieu stets heftig um Anerkennung zu ringen. Eine Erfahrung, die sie entscheidend geprägt hat und schon früh zu einer Kämpferin für Gleichbehandlung und soziale Gerechtigkeit werden ließ.

Gleichzeitig aber auch starke Antriebsfeder war, selbst nach oben zu kommen. Das durch ein Stipendium unterstützte eher untypische „Frauenstudium“ Mathematik und Wirtschaftswissenschaften verschaffte der jungen Frau, die in den siebziger Jahren bis zur ersten weiblichen Juso-Vorsitzenden in NRW aufstieg, später einen hochinteressanten Einstieg in das Berufsleben. Denn dass sie der Gründungsrektor der Gesamthochschule Essen, Professor Dr.-Ing. Peter Neumann-Mahlkau, als persönliche Referentin haben wollte, wäre beispielsweise bei einem Pädagogik-Studium kaum denkbar gewesen. Denn Natur- und Ingenieurwissenschaftler standen seinerzeit in dem Ruf, Frauen allenfalls dann ernst zu nehmen, wenn sie ihnen beruflich auf Augenhöhe gegenübertraten.

ROLLENBILDER

Dass Heike Gebhard ab 1986 vier Mal Mutter wurde, hat zwar ihre berufliche Karriere zeitweilig ruhen lassen, keinesfalls aber ihre politischen Ambitionen. Denn sie wollte ja stets für eine Politik kämpfen, die es Frauen und Müttern ermöglicht, berufliche Karriere, Familie und ehrenamtliches Engagement miteinander zu vereinbaren. Ein Unterfangen, das in den achtziger Jahren ohne engagierte Mithilfe von Großeltern praktisch unmöglich war. Dass heute auch die Union für eine solche Politik eintritt, bestätigt die SPD-Frau zwar. Gleichwohl stellt sie selbstkritisch fest: „Das alte Rollenbild bei uns zu durchbrechen war auch nicht einfach, auch wenn die Frage der Gleichberechtigung von Frau und Mann schon seit August Bebel im Programm steht“.

Als sich Heike Gebhard im zweiten innerparteilichen Anlauf erfolgreich für ein Landtagsmandat 2005 durchsetzen konnte, hat sie bis zuletzt darauf gehofft, nicht auf den Oppositionsbänken zu landen. Doch gehört es für sie zur Selbstverständlichkeit, sich von der Partei in die Pflicht nehmen zu lassen und dorthin zu gehen, „wo sich die Notwendigkeit ergibt“. „Da halte ich es ganz mit Franz Müntefering“, bekennt sie, ohne den Begriff „Parteisoldatin“ in den Mund zu nehmen. Als gesundheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion will sie jedoch ihren Anteil dazu beitragen, so rasch wie möglich wieder an die Regierung zu kommen. „Oppositionsarbeit muss anspruchsvoll sein“, sagt Heike Gebhard, auch wenn viel Arbeit vergeblich ist. Doch von alleine komme der Wähler nicht zurück: „Das muss man sich erarbeiten.“ Die Zielmarke für 2010 sei jedoch ganz klar: „Ich bin nur deshalb in die Politik gegangen, weil ich etwas bewegen und gestalten wollte“. Und das – und da sind wir wieder ganz nah bei Franz Müntefering – sei in der Opposition „grundsätzlich schwieriger“. *Autor: Michael Fritsch*

FCL: Erfahrung gegen Ungestüm

Das Ergebnis täuscht über den wahren Spielverlauf. Das japanische SOI-Team (Soccer Old Boys Inter-high-School) spielte einen gepflegten Ball und wehrte sich tapfer, musste sich aber dem Ungestüm des FC Landtag NRW beugen. Dabei konnte der FCL für sich beanspruchen, durch seine kluge Raumaufteilung sogar einen japanischen Olympioniken in Schach gehalten zu haben. Die Olympiateilnahme dieses Springinsfelds lag allerdings schon etwas zurück; präzise gesagt fast 72 Jahre – nämlich bei der Olympiade 1936 in Berlin.

Seine nur unwesentlich jüngeren Teamkollegen versuchten, ihre fundierten Erfahrungen von Jahrzehnten zur Geltung zu bringen, erlebten jedoch etwa zwei Minuten nach dem Anpfiff bereits einen Paukenschlag. FCL-Präsident Günter Langen nahm die Kugel auf seinen Schlappen und ließ mit einem Gewaltschuss die Querstange des japanischen Tores erzittern und erschütterte damit nachhaltig das Selbstvertrauen des SOI-Teams.

Nun fielen die Tore wie reife Früchte. Einmal mehr stellte Willi Nowack seine Torjägerqualitäten unter Beweis. Gleich drei Mal netzte er gekonnt-überlegt ein. Jeweils zwei Tore steuerten Wolfgang Euteneuer, Jens Harmeier und Hubert Kleff zum Sieg des FCL bei. Carsten Herlitz im Kasten des FCL musste zwei Mal hinter sich greifen, trotz aller Katzenschwandheit. Auch das ein Beleg für die Qualität der Old Boys. Die Japaner steckten nie auf. Ihre Tore waren exakt herausgespielt und verdient. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinter, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion) Redaktionelle Mitarbeit:

Doro Dietsch, Sebastian Wuwer
Telefon (0211) 884-2304, 884-2309, 884-2450 und 884-2137
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)

Geburtstagsliste

Vom 8. Juni bis 18. Juni 2008

| | |
|---------------------------------|----|
| 8.6. Rita Klöpfer (CDU) | 64 |
| 11.6. Hubertus Fehring (CDU) | 58 |
| 11.6. Jürgen Hollstein (CDU) | 46 |
| 12.6. Hans-Dieter Clauser (CDU) | 58 |
| 12.6. Hannelore Kraft (SPD) | 47 |
| 12.6. Thomas Kutschaty (SPD) | 40 |
| 13.6. Andre Stinka (SPD) | 43 |
| 16.6. Norbert Post (CDU) | 56 |
| 18.6. Bernhard Recker (CDU) | 69 |

Dr. Gerhard Papke (FDP) ist vom Vorstand der FDP-Landtagsfraktion in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt worden. Der 47-jährige Wirtschaftshistoriker erhielt zehn von 12 Stimmen. Ebenfalls wiedergewählt wurden seine Stellvertreter **Christian Lindner** und **Christof Rasche**. Der neue (und alte) parlamentarische Geschäftsführer der Liberalen heißt **Ralf Witzel**.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ist in ihrem Amt als Vorsitzende der GRÜNE-Fraktion, das sie seit dem Jahr 2000 innehat, mit den elf Stimmen ihrer Fraktion bestätigt worden. Der (beurlaubten) Oberstudienrätin aus Solingen stehen im Fraktionsvorstand die Stellvertreter **Barbara Steffens** und **Reiner Priggen** zur Seite, die ebenfalls wiedergewählt wurden.

Joachim Erwin, seit 1999 Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Düsseldorf, ist im Alter von 58 Jahren gestorben. Erwin, der als CDU-Abgeordneter von 1988 bis 1990 im Landtag Nordrhein-Westfalen gewirkt hat, „war ein Ausnahmepolitiker mit großem Mut, der pragmatisch und mit außerordentlichem Pflichtbewusstsein bis zuletzt seine Amtsgeschäfte ausgeübt hat“, erklärte **Landtagspräsidentin Regina van Dinther** in ihrer Würdigung. Der Oberbürgermeister habe mit ihr zusammen erfolgreich den Landtag an die Stadt Düsseldorf herangebracht. Die Präsidentin weiter: „Joachim Erwin wird uns fehlen, wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.“

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 5. Juni 2008 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.



Kultur und Ruhr ...

... das passt zusammen und lässt sich nicht voneinander trennen. Mit dieser Feststellung leitete Landtagspräsidentin Regina van Dinther den Parlamentarischen Abend „RUHR 2010 Kulturhauptstadt Europas“ ein. Sie betonte, dass die Projekte zur Kulturhauptstadt die reale Chance bieten, „das öffentliche Bild der Montanregion langfristig zu verändern, weg von alten Klischees und hin zu neuen Konzepten“. Neben anderen Gruppen führten die Sänger des Schubertbunds aus Essen, die hier auf der großen Treppe zum Plenarsaal Aufstellung genommen haben, durch den gelungenen und informativen Parlamentarischen Abend. Die Kulturhauptstadt wirft, wie man sieht, deutlich ihre Schatten voraus. Foto: Schälte